

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung

für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Demokratie in Zeiten des Krieges

Herausforderungen für unsere gemeinsame Menschlichkeit

von Hans Köchler*

Hans Köchler
(Bild hanskoechler.com)

Der hier veröffentlichte Text ist eine Übersetzung der in englischer Sprache gehaltenen Eröffnungsrede von Hans Köchler, Präsident der International Progress Organization, auf dem Weltforum für Demokratie und Frieden 2023 in

Berlin am 15. Februar 2023. Organisator der Veranstaltung war die Akademie für Kulturdiplomatie, eine Partnerinstitution des 1999 in New York gegründeten Institute for Cultural Diplomacy (ICD).

Während vier Tagen intensiver Debatten – moderiert von Professor Köchler, der auch der Fakultät der Akademie für Kulturdiplomatie angehört und Mitglied des Beirats des ICD ist – diskutierten Politiker, Diplomaten, Akademiker, Studenten und Aktivisten der Zivilgesellschaft u. a. aus Afghanistan, Bulgarien, Dänemark, Deutschland, Estland, Frankreich, Griechenland, Indien, Irland, Italien, Kroatien, Libanon, Litauen, Malta, Nordmazedonien, den Niederlanden, Österreich, Pakistan, Polen, Portugal, Rumänien, Russland, Schweden, Serbien, Spanien, Tunesien, Türkei, Ukraine, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten über die Krise der Demokratie und die Gefahr eines weltweiten Krieges. Zu den Hauptrednern gehörten die ehemaligen Staats- und Regierungschefs Frankreichs, François Fillon, Rumäniens, Prof. Emil Constantinescu, Nordmazedoniens, Prof. Gjorge Ivanov, Tunesiens, Dr. Moncef Marzouki, Libanons, Dr. Hassan Diab, Litauens, Frau Dalia Grybauskaitė, und Maltas, Frau Marie-Louise Coleiro Preca.

Die kantische Vision des immerwährenden Friedens

Kein Frieden ohne Demokratie, keine Demokratie ohne Frieden – das waren die Überzeugungen, die viele in der Friedensbewegung des letzten Jahrhunderts, insbesondere in den letzten Jahrzehnten des Kalten Krieges, artikulierten. Die Verfechter der These vom «demokratischen Frieden» sahen sich in der Tradition des grossen Philosophen der Aufklärung, Immanuel Kant aus Königsberg.¹ In seiner Abhandlung «Zum ewigen Frieden»² hatte er gezeigt, dass nur ein Gemeinwesen, in dem die Bürger darüber mitbestimmen können, «ob Krieg seyn solle, oder nicht»³, Aussicht auf Frieden bietet – und zwar auf einen echten Frieden, der mehr ist als eine vorübergehende Waffenruhe.

Kant bezeichnete ein solches System als republikanisch – wo Entscheidungen von denjenigen getroffen werden, welche die

«Es ist unvermeidlich, dass die Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Krieg im Widerspruch zu den Anforderungen einer nüchternen und sinnvollen Beratung der Entscheidungsalternativen in einer Demokratie steht.»

Konsequenzen ihrer Entscheidungen unmittelbar zu tragen haben, und nicht von einem unnahbaren und abgehobenen Herrscher, der von den verheerenden Auswirkungen eines Krieges nicht persönlich betroffen ist. Die politische Ordnung, die Kant als «republikanisch» bezeichnete (im Gegensatz zu einer despotischen Ordnung, in der es keine Gewaltenteilung gibt), wird in unserer Zeit gemeinhin als «repräsentative Demokratie» beschrieben.

Ein Blick in die Geschichte – insbesondere auf die Ereignisse der letzten Jahrzehnte – zeigt uns jedoch, dass nicht nur «despotische» Staaten, um den kantischen Ausdruck zu gebrauchen, sondern auch Staaten, die sich selbst als Demokratien definieren, grausame Kriege geführt und eine Vielzahl von militärischen Interventionen zu verantworten haben, die sie häufig mit dem Hinweis auf «Demokratie», «Menschenrechte» oder «Erhaltung des Friedens» zu rechtfertigen suchten. Ein Krieg zur Verteidigung des Friedens wäre in der Tat ein Widerspruch in sich selbst! Die bewaffneten Interventionen haben – vor allem in den Jahren seit dem Ende des Kalten Krieges – grosse Regionen nachhaltig destabilisiert und neue Konflikte heraufbeschworen, die auch im 21. Jahrhundert eine ernsthafte Gefahr für den Weltfrieden darstellen.

Haben sich die Verfechter des «demokratischen Friedens» – und mit ihnen Immanuel Kant – in der idealistischen Gleichsetzung von Demokratie und Frieden geirrt, oder ist der offensichtliche Widerspruch zwischen Idee und Wirklichkeit die Folge einer falschen Klassifizierung der jeweiligen Staatssysteme? Um dies zu klären, müssen wir uns zunächst mit der Terminologie beschäftigen, d. h. über den Begriff der Demokratie nachdenken. Nur mit begrifflicher Präzision – die für intellektuelle Redlichkeit unabdingbar ist – können wir die Herausforderungen für die Demokratie in Kriegszeiten überhaupt benennen und verstehen. Es handelt sich hier um Situationen, die die Grundlagen unseres Verständnisses von staatlicher Legitimität zu untergraben drohen, das durch die Ideale von «Demokratie» und «Rechtsstaatlichkeit» geformt ist.

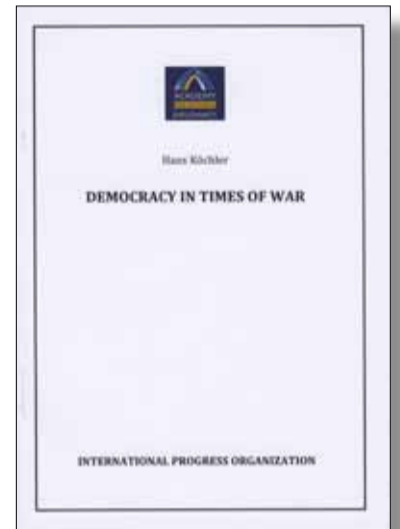
Terminologie: die Grundsätze

Der Begriff (der inzwischen in viele verschiedene Sprachen eingegangen ist) wurde im antiken Griechenland geprägt. Die wörtliche Bedeutung von δημοκρατία ist «Herrschaft des Volkes», nicht Herrschaft im Namen des Volkes (oder für das Volk) – obwohl die meisten Gemeinwesen, die sich selbst als «Demokratie» definieren, in die letztere Kategorie

fallen. Wie Rousseau bereits vor der Französischen Revolution feststellte, ist die direkte Herrschaft des Volkes als Gemeinschaft von Bürgern nur möglich, wenn die Gruppe klein ist. In Kollektiven von Millionen oder Hunderten von Millionen muss der Wille der Bürger durch Repräsentation zum Ausdruck gebracht werden. Durch Wahlen «bevollmächtigt» das Volk Delegierte, (für einen begrenzten Zeitraum) Gesetze zu erlassen. Idealerweise sollte diese Art der Vertretung in Form eines imperativen Mandates ausgeübt werden, das die Abgeordneten an die Präferenzen der Wählerschaft bindet, wie sie in regulären Wahlen zum Ausdruck kommen. In der politischen Realität jedoch handeln die Volksvertreter auf der Grundlage eines imperativen Mandates der politischen Parteien oder Interessengruppen, die sie nominiert oder ihre Kampagne unterstützt haben. Dies bringt fast zwangsläufig ein oligarchisches Element mit sich – oft in Form einer Plutokratie –, was das eigentliche Ideal von Volksherrschaft (wenn auch in ihrer vermittelten, indirekten Form) untergräbt. Im 20. Jahrhundert war es Präsident Dwight D. Eisenhower, der in seiner Abschiedsrede vom 17. Januar 1961 vor der destruktiven Wirkung von Lobbyinteressen auf ein demokratisches Gemeinwesen gewarnt hat: «In der Politik müssen wir uns davor hüten, dass der militärisch-industrielle Komplex, ob beabsichtigt oder nicht, ungerechtfertigten Einfluss erlangt. Die Gefahr des verhängnisvollen Aufstiegs einer fehlgeleiteten Macht besteht und wird weiter bestehen ...»⁴

Da Demokratie aus organisatorischen Gründen nur in Annäherung an das Ideal der direkten Herrschaft des Volkes verwirklicht werden kann, sollte die Entscheidungsfindung durch Repräsentation unabhängig von Lobbies und Interessen- oder Pressure-Groups erfolgen. Die politische Realität, auch in der westlichen Welt, weist jedoch in die entgegengesetzte Richtung. Krieg, ob tatsächlich oder geplant (strategisch intendiert), war in der Geschichte oft der Katalysator für die Mobilisierung dieser Gruppen – zum Nachteil der demokratischen Repräsentation, die nur allzuoft zu einer blossen Durchsetzung von Interessen wird, die weder öffentlich erklärt werden noch in irgendeiner Weise durch die Wählerschaft legitimiert sind.

Um die Auswirkungen des Krieges auf die Demokratie (d. h. auf eine Entscheidungsfindung, die dem Willen des Volkes entsprechen soll, unabhängig davon, ob dieser direkt durch ein Referendum oder indirekt durch Wahlen zum Ausdruck gebracht wird) richtig und ehrlich beurteilen zu können, müssen wir uns eingehender mit der demokratischen



ISBN 978-3-900704-32-2

Idee beschäftigen – und damit, was sie konkret für die Organisation des Gemeinwesens bedeutet. Wir denken hier an Anforderungen, die – unabhängig von soziokulturellen Unterschieden – universell gültig sind, sobald wir uns auf das Prinzip der Volksherrschaft geeinigt haben. Das Wesen der Demokratie ist die Freiheit des Einzelnen als Bürger eines Staates. Diese Freiheit ist ein grundlegendes Menschenrecht. Die Freiheit zu entscheiden macht nur dann Sinn, wenn (1) der Bürger Zugang zu relevanten Informationen hat (was das Erfordernis der Transparenz ist); (2) sich seine Meinung bilden kann, ohne irgendeiner Art von Manipulation oder ideologischer Indoktrination ausgesetzt zu sein (was jede Form von Propaganda ausschliesst); und (3) seine Meinung und seinen Willen (in Referenden oder Wahlen) frei von Angst äussern kann.

Demokratie und Wahrheit

Die Techniken der «öffentlichen Kommunikation» (public relations) zur Unterstützung von Kriegsanstrengungen wurden – zum ersten Mal in der jüngeren Geschichte – im Verlauf des Ersten Weltkrieges sorgfältig untersucht und schrittweise verfeinert. Es ist unvermeidlich, dass die Mobilisierung der öffentlichen Meinung im Krieg im Widerspruch zu den Anforderungen einer nüchternen und sinnvollen Beratung der Entscheidungsalternativen in einer Demokratie steht. Edward Bernays, ein (übrigens doppelter) Neffe von Sigmund Freud, bezeichnete diese Techniken mit für heutige Verhältnisse überraschender Ehrlichkeit als die «Erzeugung von Zustimmung» (engineering of consent) der Massen.⁵

In seinem Buch «Propaganda» (1928) behauptete er mit Bestimmtheit, dass «die bewusste und zielgerichtete Manipulation der Verhaltensweisen und Einstellungen der Massen ein wesentlicher Bestandteil demokratischer Gesellschaften ist».⁶ Es versteht sich von selbst, dass wir mit unserem Verständnis von Demokratie dieser Einschätzung nicht zustimmen können. Was Bernays beschreibt, ist ein wesentlicher Aspekt – oder *modus operandi* – der Oligarchie, der im Kriegszustand besonders zum Tragen kommt und äusserst verhängnisvoll ist. In den Worten Bernays': «Diejenigen, die diesen verborgenen Mechanismus der Gesellschaft manipulieren, bilden eine unsichtbare Regierung, die die wahre herrschende Macht unseres Landes [der Vereinigten Staaten] ist.»⁷ Gerade dies ist es, wovon Präsident Eisenhower, der als Oberbefehlshaber der alliierten Streitkräfte in Nordwesteuropa während des Zweiten Welt-

«Eine sinnvolle Beteiligung am öffentlichen Leben ist schlicht und einfach unmöglich, wenn den Menschen wesentliche Informationen vorenthalten oder sie daran gehindert werden, mit den Bürgern ausserhalb des eigenen Gemeinwesens – auf der anderen Seite sozusagen – zu kommunizieren. Dies hat sich als eines der grössten Probleme der Demokratie unter Kriegsbedingungen erwiesen.»

* Prof. Dr. phil. Dr. h. c. Dr. h. c. Hans Köchler (*1948) war von 1990 bis 2008 Vorstand des Institutes für Philosophie an der Universität Innsbruck. Er ist Gründer und Präsident (seit 1972) der International Progress Organization (Wien). Seither setzt er sich mit zahlreichen Publikationen, Reisen, Vorträgen und durch sein Mitwirken in verschiedenen internationalen Organisationen für einen Dialog der Kulturen ein und arbeitet in verschiedenen Komitees und Expertengremien mit, die sich mit Fragen zur internationalen Demokratie, zu Menschenrechten und Entwicklung befassen. Hans Köchler ist Mitglied des Universitätsrates der University of Digital Science (Berlin). Seit 2018 lehrt er an der Academy for Cultural Diplomacy in Berlin. Hans Köchler lebt in Wien.

Zweierlei Mass: Cui bono?

Donald Trump – der erste ehemalige US-Präsident vor Gericht

wp. *Welch ein absurdes Theater müssen wir gerade über uns ergehen lassen: Unter grossem Mediengetöse wird ein ehemaliger US-Präsident in 36 Punkten angeklagt. Unter anderem soll er einer Sexfilm-Darstellerin Schweigegeld gezahlt und gegen Gesetze der Wahlkampffinanzierung verstossen haben. Welch ein Skandal! Zum ersten Mal in der Geschichte der USA steht also ein ehemaliger US-Präsident vor Gericht.*

Dabei haben viele seiner Vorgänger bzw. deren Minister sich diverser Verbrechen ganz anderen Kalibers schuldig gemacht, so z. B. *Henry Kissinger*: Bombardierung Kambodschas (1969–1973), Militärputsch gegen *Salvador Allende* in Chile (verdeckte CIA-Intervention 1973); *George H. W. Bush*: völkerrechtswidriger Krieg gegen den Irak (1991); *Bill Clinton*, *Madeleine Albright*: völkerrechtswidriger Krieg in Jugoslawien (1999); *George W. Bush*, *Condoleezza Rice*: völkerrechtswidrige Kriege in Afghanistan (2001),

im Irak (2003), menschenrechtswidriges Gefangenenerlager Guantánamo (seit 2002); *Colin Powell*: Lüge, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, als Kriegsgrund (2003); *Hillary Clinton*: CIA-Beteiligung bei der Ausschaltung von *Muammar al-Gaddafi* (2011); *Barack Obama*: unzählige Morde mit Drohnen in Pakistan und Afghanistan (2009–2011), Luftangriff auf Kundus (2009) ... Wer rief bei all diesen Kriegsverbrechen nach dem *Internationalen Strafgerichtshof (ICC)*? Kaum einer.

Ganz anders im Fall von Russland und *Wladimir Putin*: Schon kurz nach Beginn des Ukraine-Krieges behaupteten auf Grund einseitiger Berichterstattung und Negierung der Vorgeschichte alle Staaten, die den USA die Rolle des Weltpolizisten zugestehen, Putin führe aus imperialistischen Motiven einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg und begehe ein Kriegsverbrechen nach dem anderen. Die wahre Vorgeschichte dieses Krieges, für die auch Akteure jenseits des Atlantiks

Verantwortung tragen, darf nicht ans Licht kommen. Alle Kriege haben eine Vorgeschichte, nur dieser soll keine haben?

Dazu kam die Forderung, Putin gehöre subito vom ICC zur Rechenschaft gezogen, was prompt erfolgte: Kürzlich wurde Anklage erhoben. Der ICC zieht Staatsbürger zur Verantwortung, die sich folgender Straftaten schuldig gemacht haben: Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Kriegsverbrechen und Verbrechen der Aggression. Sowohl die USA als auch Russland haben – wie Israel und Sudan – ihre Unterschrift wieder zurückgezogen und erklärt, dass sie den Vertrag nicht ratifizieren. Warum wohl?

Hier stimmt doch etwas nicht. Die Medien sollten sich weder für die eine noch für die andere Seite einspannen lassen, sondern Hintergründe ausleuchten und sachlich berichten. Der Leser bleibe wachsam, bilde sich ein eigenes Urteil und engagiere sich dafür, dass die Wahrheit ans Licht kommt und weiterverbreitet wird. •

LESER  BRIEF

Ukraine

Ich stelle die berechtigte Frage: Angenommen, ein anderes Land als Russland hätte die Ukraine bekriegt? Wie würde die politische Lage, die Flüchtlingspolitik aussehen? Würde man der Ukraine Panzer und Munition für den Frieden liefern nebst Aufbaugeldern? Vergisst man, dass die Ukraine einmal zu Russland gehörte und ein Grossteil der Bevölkerung geborene Russen sind oder russische Wurzeln haben? Und heute liefert man Waffen für ein Land, das faschistisch und korrupt regiert wurde und viele Menschen umbrachte.

Schwarz und Weiss: Russland, der Böse, Amerika (Golf-Krieg), der Liebe. Nie ist mir in meinen 90 Jahren so deutlich geworden, wie ein Feindbild geschürt wird – und die Länder in Europa machen mit. Wo sind die Gelehrten, die den Mut haben, die wahren Hintergründe des Konflikts aufzuzeigen, so dass wir nicht belogen werden?

Bruno Weilenmann, Zürich

«Demokratie in Zeiten des Krieges»

Fortsetzung von Seite 1

kriegs selbst die Schrecken des Krieges erfahren hatte, feierlich warnte. Im Jahr 2023 steht die Welt erneut vor einer solchen Bedrohung durch nicht erklärte Interessen.

Was die bereits erwähnte Voraussetzung für jede demokratisch sinnvolle Entscheidung betrifft, nämlich den Zugang zu unverfälschter Information, sollten die heutigen Politiker auch die Weisheit von *Samuel Johnson*, dem grossen englischen Schriftsteller des 18. Jahrhunderts, beherzigen. In einem Essay, der unter dem Pseudonym «The Idler» in der Londoner Wochenzeitschrift *Universal Chronicle* veröffentlicht wurde, schrieb er: «Zum Unheil des Krieges gehört auch die Verminderung der Wahrheitsliebe durch die Unwahrheiten, die das Interesse diktiert und die Leichtgläubigkeit fördert.»⁸ In einfacherer Form kommt diese Einsicht in einem Spruch zum Ausdruck, der oft *Rudyard Kipling* zugeschrieben wird: «Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.»

Am Grundsatz der Entscheidungsfreiheit wird die untrennbare Verbindung von Wahrheit und Demokratie deutlich. Eine sinnvolle Beteiligung am öffentlichen Leben ist schlicht und einfach unmöglich, wenn den Menschen wesentliche Informationen vorenthalten oder sie daran gehindert werden, mit den Bürgern ausserhalb des eigenen Gemeinwesens – auf der anderen Seite sozusagen – zu kommunizieren. Dies hat sich als eines der grössten Probleme der Demokratie unter Kriegsbedingungen erwiesen. In unserem globalen Zeitalter – mit der Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen – sind Propaganda und die Verweigerung des Zugangs zu Informationen nicht nur ein Hindernis für die Demokratie im abstrakten Sinne, sondern eine existentielle Gefahr für die Menschheit schlechthin. In einer Konfliktkonstellation wie der jetzigen in Europa wird die demokratische Besonnenheit, die vom Urteil und der Situationseinschätzung des informierten Bürgers abhängt, nur allzu leicht und schnell dem Furor des Krieges untergeordnet und schliesslich von diesem ganz verdrängt. Wie immer in solchen Situationen sieht die Propaganda die Schuld ausschliesslich auf der anderen Seite. Schwarz-Weiss-Malerei ist das Gebot der Stunde. Bei nüchterner Einschätzung der Lage wird uns jedoch bewusst werden, dass die Protagonisten auf beiden Seiten eines Konfliktes Desinformation betreiben oder – wie es in der zeitgenössischen Terminologie heisst – sich der Methoden «hybrider Kriegsführung» bedienen.

Nicht nur die Wahrheit im eigentlichen Sinn – als Grundwert der Demokratie –, sondern auch die Integrität der Kultur steht auf dem Spiel, wenn der Verstand den Emotionen des Krieges geopfert wird. Die Blockierung von Fernseh- und Radiosendern oder Internetsiten, über Künstler verhängte Auftrittsverbote oder die Verhinderung von kulturellen Veranstaltungen und wissenschaftlichem und akademischem Austausch, ganz allgemein: die Geiselnahme der Zivilgesellschaft für Zwecke der Kriegsmobilisierung,

«Die Menschheit sollte sich vielmehr für einen echten – und das heisst dauerhaften – Frieden im Geiste der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern einsetzen.»

sind mit demokratischen Werten schlechthin unvereinbare Methoden der Bevölkerungskontrolle.

Die Widerstandsfähigkeit der Demokratie

Die Kriegshysterie, die in diesen Tagen in Europa herrscht, erinnert auf unheimliche Weise an die Massenhysterie, mit der Europa vor mehr als einem Jahrhundert in den Krieg taumelte. Als die Menschen – unter ihnen auch bedeutende deutsche Intellektuelle wie *Thomas Mann*, *Max Planck* oder *Max Weber* – schliesslich aus ihren Illusionen erwachten, war es zu spät. In unserem nuklearen Zeitalter sind derartige Massenemotionen, durch die «neuen sozialen Medien» verstärkt, noch viel bedrohlicher, weil das Überleben der Menschheit auf dem Spiel stehen könnte. Wie Präsident *Kennedy* in seiner «Friedensrede» von 1963, wenige Monate vor seiner tragischen Ermordung, vorausschauend sagte: Es reicht nicht mehr aus, darüber nachzudenken, wie wir den Frieden in unserer Zeit sichern können; angesichts der Massenvernichtungswaffen muss die Menschheit danach streben, Bedingungen für einen Frieden für alle Zeit zu schaffen⁹ – in den Worten Immanuel Kants: einen «ewigen Frieden». Dies kann nur erreicht werden, wenn Demokratie sich gegenüber dem Despotismus behauptet, und zwar indem sie verhindert, dass mächtige Interessengruppen einen ganzen Staat als Geisel nehmen. In einer freien Republik üben die Bürger ihren Willen auf der Grundlage eines sorgfältig durchdachten Systems der Gewaltenteilung («Checks and Balances») aus, wodurch allein emotionale Exzesse verhindert werden können. Wenn die Bürger direkten Einfluss auf Entscheidungen über Krieg und

Frieden haben, besteht zumindest noch die Hoffnung, dass sie keine Massnahmen befürworten, die ihre eigene Sicherheit und Existenzgrundlage gefährden. Entscheidend ist jedoch, dass keine geheime Instanz ihre Gedanken manipuliert. Edward Bernays' freimütige Beschreibung der Methoden, die er vor einem Jahrhundert als «Propaganda» definiert hat, darf nicht in Vergessenheit geraten. Im Zeitalter der künstlichen Intelligenz sind die Aussichten auf die «Herstellung von Zustimmung» (*manufacture of consent*) in der Tat erschreckend.

Unter den Bedingungen von zwischenstaatlichen Konflikten und Kriegen, wie sie derzeit herrschen, bleibt nicht nur die Wahrheit auf der Strecke, auch die Demokratie selbst läuft Gefahr, der gesteuerten Massenhysterie zum Opfer zu fallen. Hass zwischen den Völkern, rassistische Vorurteile, plumpe Klischees und Feindbilder finden gerade dann einen fruchtbaren Boden, wenn Staaten sich im Krieg befinden. Solche Emotionen lassen keinen Raum für demokratischen Diskurs oder eine nüchterne Abwägung der Optionen staatlicher Politik.

Die blossen Hoffnungen auf die Widerstandsfähigkeit der Demokratie wird in einer solchen Ausnahmesituation nicht ausreichen. Die Zivilgesellschaft sollte – in bester demokratischer Tradition – sich erheben und die offizielle Sprachregelung – auf welcher Seite auch immer – in Frage stellen. Der kürzlich von der Bundestagsabgeordneten *Sahra Wagenknecht* und *Alice Schwarzer* initiierte Appell ist ein ermutigendes Zeichen.¹⁰ Wo Regierungen versagen, kann die Bürgerdiplomatie («citizen diplomacy») Alternativen zu einer anhaltenden bewaffneten Auseinan-

dersetzung aufzeigen. Hier wird die Widerstandsfähigkeit der Demokratie tatsächlich auf die Probe gestellt – und hier kann das demokratische Paradigma seine Relevanz mehr als in jedem anderen Rahmen unter Beweis stellen. Es wäre ein verhängnisvoller Fehler – und ein schlechtes Omen für die Menschheit –, sollten die politischen Führer der inzwischen so grossen Zahl von Bürgerinitiativen für den Frieden keine Beachtung schenken.

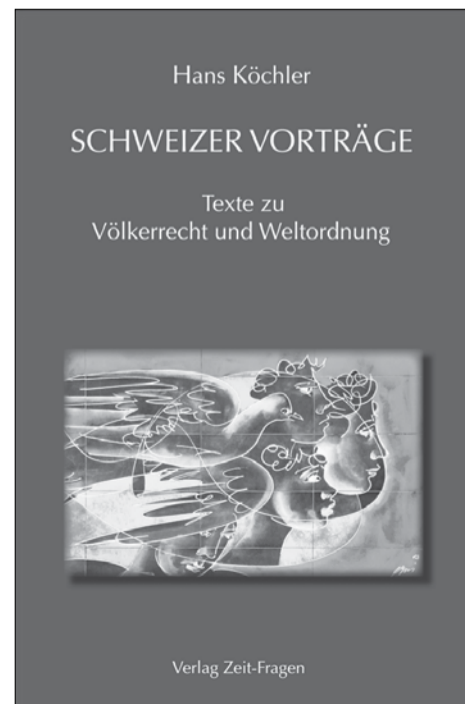
Seit der Gründung der Vereinten Nationen nach dem Zweiten Weltkrieg besteht eine der grössten Herausforderungen für die Menschheit in der Frage, wie ein System internationaler Beziehungen geschaffen werden kann, das die Interdependenz von Demokratie und Frieden berücksichtigt. Die in der Präambel der Charta der Vereinten Nationen bekundete Absicht, «Toleranz zu üben und als gute Nachbarn in Frieden miteinander zu leben», kann nicht anders interpretiert werden. Auch wenn in Kriegszeiten die Demokratie wie in keiner anderen Situation auf die Probe gestellt wird, so bleibt sie dennoch das einzige wirksame Gegenmittel gegen die Logik des Krieges.

Angesichts des demokratischen Ideals, das im unveräusserlichen Recht des Menschen auf Freiheit (sowohl individuell als auch kollektiv) begründet ist, sollte die Menschheit ihre Hoffnungen nicht nur auf die Abwesenheit von Krieg setzen, die sich dem «Gleichgewicht des Schreckens» – der mehr oder weniger rationalen Furcht vor «gegenseitig gesicherter Vernichtung» (*mutually assured destruction*) – verdankt. Die Menschheit sollte sich vielmehr für einen echten – und das heisst dauerhaften – Frieden im Geiste der gleichberechtigten Zusammenarbeit zwischen allen Staaten und Völkern einsetzen. Dies ist es, was Immanuel Kant als «ewiger Friede» vorschwebte – und was die heutige Weltordnung, die auf der privilegierten Rolle der militärisch mächtigsten Länder in den Vereinten Nationen beruht, noch nicht zu leisten vermag. •



ISBN 978-3-900704-31-5

Das Buch «War or Peace» ist eine 2023 erschienene englischsprachige Sammlung von Vorträgen und Artikeln, die Hans Köchler im Jahr 2022 weltweit gehalten beziehungsweise veröffentlicht hat.



ISBN 978-3-909234-23-3

¹ jetzt Kaliningrad in Russland

² *Zum ewigen Frieden: Ein philosophischer Entwurf*. Königsberg: Friedrich Nicolovius, 1795

³ Kapitel II: «Erster Definitivartikel zum ewigen Frieden», op. cit., S. 23

⁴ zitiert aus: «Farewell Address», National Archives/Dwight D. Eisenhower Presidential Library, www.eisenhowerlibrary.gov/research/online-documents/farewell-address

⁵ «The Engineering of Consent»; in: *The Annals of the American Academy* (1947), S. 113–120

⁶ Edward Bernays, *Propaganda. Reprint edition (with an introduction by Mark Crispin Miller)*: Brooklyn, NY: Ig Publishing, 2005, Kapitel I: «Organizing Chaos», S. 37. Deutsche Ausgabe: Edward Bernays, Mark Crispin Miller. *Propaganda*. Kempten, Orange Press GmbH, 2013 (13. Auflage), Kap. I: «Die Ordnung des Chaos», S. 7

⁷ a.a.O.

⁸ *The Idler*, Nr. 29, Samstag, 4. November 1758, S. 95

⁹ John Fitzgerald Kennedy, *Commencement Address at American University, Washington, D.C., June 10, 1963*; Text veröffentlicht von John F. Kennedy Presidential Library and Museum, jfklibrary.org

¹⁰ *Manifest für Frieden*, 10. Februar 2023, www.change.org/p/manifest-für-frieden

Schweiz-EU: für eine Weiterentwicklung der Beziehungen auf Augenhöhe

von Dr. iur. Marianne Wüthrich

Während wir Schweizerinnen und Schweizer mit einer Schockwelle grösseren Ausmasses beschäftigt sind – Preisgabe unserer Neutralität und Hineingreifen in unseren Finanzplatz auf dem Altar der US-UK-Interessen – ergreift der Bundesrat bereits die nächste Gelegenheit, um ausländische Mächte zufriedenzustellen.

Am 29. März hat der Bundesrat die Bundesverwaltung mit der «Erarbeitung von Eckwerten eines Verhandlungsmandats mit der Europäischen Union (EU)» beauftragt.¹ Warum es wohl plötzlich so pressiert? Nur weil die EU-Kommission drängt und droht? Das tut sie schon seit Jahren. Wenn man den Schaum wegschäumt, enthält die neue Variante in etwa dasselbe wie das «institutionelle Rahmenabkommen», zu dem der Bundesrat im Mai 2021 die Verhandlungen mit Brüssel aus guten Gründen abgebrochen hat. Schützenhilfe leistet ihm die «Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)». Aber es gibt auch gewichtige Gegenstimmen mit starken Argumenten.

Horizontal oder vertikal? Aus Brüssel kommt alles vertikal, von oben

In einigermaßen verständliches Deutsch übersetzt bleiben folgende Inhalte der Medienmitteilung des Bundesrates: Das Rahmenabkommen von 2021 hätte die EU-Regeln in ein einziges «horizontales» (Rahmen-)Abkommen verpackt, das für alle (bisherigen oder künftigen) Abkommen gegolten hätte.

Die heute vom Bundesrat propagierte «vertikale Lösung» bestünde aus einem «ganzen Paket mit neuen konkreten Abkommen (u. a. Strom, Lebensmittelsicherheit und Gesundheit)», plus die bisherigen bilateralen (Marktzugangs-)Abkommen. Ganz nebenbei will der Bundesrat also noch drei neue Abkommen in sein «Paket» hineinschmuggeln ...

In den einzelnen Abkommen sollen – zusätzlich zu den für alle geltenden Regeln – die entsprechenden speziellen Regeln stehen. Zum Beispiel im Personenfreizügigkeitsabkommen wären ergänzend der Lohnschutz oder die Grenzen der Sozialhilfe für neu Zugewanderte geregelt.

Diese Unterscheidung verwirrt höchstens die Köpfe, denn das ganze System ist und bleibt vertikal, nämlich von Brüssel aufoktroiert und nicht kompatibel mit dem Schweizer Staatssystem. Zum Lohnschutz: Vielleicht dürften wir auf den Baustellen ein paar Prozent mehr Kontrollen machen als die EU-Länder, aber das ersetzt die wirksamen Schweizer Lohnschutzmassnahmen nicht – Pflasterlipolitik für die Gewerkschaften?

Wir haben keinen Grund, der EU gegenüber zu schwächeln. Tatsächlich haben wir unseren Nachbarn vieles zu bieten: Personenfreizügigkeit, Transitverkehr und Stromleitungen durch die Alpen, einen kaufkräfti-

«Mit einer grundsätzlichen dynamischen Rechtsübernahme riskieren wir jedoch, dass unsere Gesetze im Zweifelsfall nicht mehr vom Parlament und Stimmvolk, sondern von der EU diktiert werden. Diese direktdemokratische Rechtsetzungskompetenz dürfen wir nicht aus der Hand geben.» (Kompass/Europa)

gen Inlandmarkt (mehr Importe als Exporte der Schweiz gegenüber der EU), Zuverlässigkeit als Handelspartner.

KdK mit Vorbehalt zu neuen Verhandlungen mit der EU bereit

Die «Konferenz der Kantonsregierungen KdK» hat am 24. März 2023 eine Medienmitteilung mit dem Titel «Die Kantone unterstützen neue Verhandlungen mit der EU» veröffentlicht. Danach haben die Kantonsregierungen «einstimmig» einer «neuen europapolitischen Standortbestimmung» zugestimmt. Die KdK ist eine Nachahmung der EU-Ministerkonferenzen und hat die Zusammenarbeit der Kantone in unserem einst starken föderalistischen System mit Ecken und Kanten durch eine Zentrale in Bern ersetzt – ohne dass wir Bürger unsere Kantonsregierungen dazu legitimiert hätten. Und die sollen sich alle einig sein in einer so folgenschweren Angelegenheit?

Die KdK äussert sich in ihrer Standortbestimmung² wie folgt:

– Rechtssicherheit: Die KdK erhofft sich von einem neuen Vertrag «ein langfristiges und stabiles Verhältnis» mit der EU anstelle der «schleichenden Erosion der bilateralen Abkommen». Anmerkung: Die «schleichende Erosion» geht nicht aufs Konto der Schweiz – wir haben die Verträge immer eingehalten –, sondern ist eine Folge der vertragswidrigen Schikanen der Brüsseler Bürokratie, um uns mühe zu machen. Ob ein neues «Paket» uns mehr Rechtssicherheit brächte als die bisherigen Bilateralen? Der Vertragspartner bleibt derselbe ...

– Übernahme von EU-Recht: Die KdK ist bereit, «einer dynamischen Rechtsübernahme zuzustimmen», unter dem «Vorbehalt Zustimmung Bundesrat, Parlament, Volk». Anmerkung: Mit diesem Vorbehalt haben wir bereits unsere Erfahrungen gemacht, zum Beispiel nach der Annahme der Eidgenössischen Volksinitiative

«Gegen Masseneinwanderung» durch den Souverän. Ihr Text steht seit neun Jahren in der Bundesverfassung (Art. 121a) und schreibt vor: «Die Schweiz steuert die Zuwanderung von Ausländerinnen und Ausländern eigenständig», mit Höchstzahlen und Kontingenten. Bei der Umsetzung dieser Verfassungsbestimmung taten sich der Bundesrat und die Parlamentsmehrheit gegen die eigene Bevölkerung mit den EU-Gremien zusammen und beschlossen ein blutleeres Gesetz, das in keiner Weise dem Volkswillen entspricht.

– Streitbeilegung: Die KdK befürwortet «einen vertraglich festgelegten Mechanismus zur Regelung von Streitigkeiten» und «akzeptiert», dass der EuGH «eine kohärente Auslegung» des von der Schweiz übernommenen EU-Rechts «sicherstellen» soll. Anmerkung: Mit zwei Sätzen unterstellt sich das Zentralbüro unserer 26 Kantonsregierungen dem Gericht der Gegenpartei.

– Überwachung: Hier zeigt die KdK Konturen: «Die Kantonsregierungen lehnen eine supranationale Überwachung der Anwendung der Abkommen mit der EU nach wie vor ab. Die korrekte Anwendung und Umsetzung der Abkommen obliegt den beiden Vertragsparteien in ihrem jeweiligen Territorium.» Anmerkung: Recht haben sie! Das geplante Abkommen ginge auch den Kantonen und ihren ureigenen Aufgaben im föderalistischen Staat «as Läßige» (ans Lebendige). Nur: Die EU-Kommission wird die Kontrolle nie und nimmer den Kantonen überlassen (siehe nächster Absatz).

– Verbot staatlicher Beihilfe: Diesen Punkt lässt der Bundesrat mit Vorliebe weg, auch in der Medienmitteilung vom 29. März. Tatsache ist, dass beim Service public, der im Volk tief verankert ist, mit dem EU-Beihilfeverbot kein Stein auf dem anderen bliebe. Ein Stromabkommen zum Bei-

spiel ist faktisch nicht möglich, solange die Schweizer Wasserkraftwerke zum grössten Teil im Eigentum der Kantone und Gemeinden sind und die Bevölkerung eine Privatisierung ablehnt. Die KdK-Leitung weiss das sehr wohl, glaubt aber, «dass bei Marktzugangsabkommen mit der EU kein Weg daran vorbeiführt, die Staatsbeihilferegeln der EU [...] zu übernehmen». In diesem Dilemma eiert sie herum und fordert schliesslich ziemlich unrealistisch, dass Staatsbeihilferegeln «einerseits nicht wesentlich in die Kompetenzen der Kantone eingreifen und dass andererseits bereits bestehende Staatsbeihilfen möglichst unter Ausnahmeregelungen fallen [...]».

Das deutsche «Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz» dämpft derlei Hoffnungen: «Die Mitgliedsstaaten haben entschieden, dass die Kontrolle über staatliche Beihilfen in der ausschliesslichen Zuständigkeit der Europäischen Kommission liegt («Hüterin der Verträge») [...] Daher müssen alle geplanten beihilferelevanten Massnahmen bei der Europäischen Kommission angezeigt oder sogar förmlich angemeldet («notifiziert») und von ihr genehmigt werden.»³

Das direktdemokratische und föderalistische Schweizer Staatsmodell ist nun einmal nicht kompatibel mit der EU. Im folgenden Brief an den Bundesrat kommt dies glasklar zum Ausdruck.

Kompass/Europa an den Bundesrat: Konstruktive Kritik nach Schweizer Art

Kompass/Europa ist eine breite, nicht parteigebundene Allianz von Unternehmern, Politikern und vielen anderen Bürgern, die bereits im Mai 2021 dazu beigetragen hat, dass der Bundesrat die Verhandlungen mit Brüssel zum Rahmenabkommen gestoppt hat. Am 23. März schrieb Kompass/Europa einen «Offenen Brief an den Bundesrat».⁴

Die Autoren rufen den Bundesrat dazu auf, «nur ein Verhandlungsmandat zu erteilen, das die Interessen der Schweizer Bevölkerung und Wirtschaft respektiert». Sie hätten den bilateralen Weg stets unterstützt und seien offen gegenüber einer punktuellen Rechtsübernahme in einzelnen Bereichen, aber: «Mit einer grundsätzlichen dynamischen Rechtsübernahme riskieren wir jedoch, dass unsere Gesetze im Zweifelsfall nicht mehr vom Parlament und Stimmvolk, sondern von der EU diktiert werden. Diese direktdemokratische Rechtsetzungskompetenz dürfen wir nicht aus der Hand geben.» Wie viele andere Stimmen hält auch Kompass/Europa fest, dass der EuGH als Gericht der Gegenpartei nicht geeignet ist für die Streitschlichtung, es brauche vielmehr «eine neutrale, klärende Instanz. Auch diese sehen wir in der aktuellen Diskussion nicht.»

Fortsetzung auf Seite 4

«Wieso geht es euch so gut? [...] Wenn wir glauben, es liege daran, dass wir gescheiter oder geschaffiger sind als der Rest der Welt, dann stimmt das nicht. Wir sind schon geschaffig und sicher nicht die Dümmeren, aber es ist unser direktdemokratisches System, unser Föderalismus. Dieses System dürfen wir nicht aufgeben.» (Urs Wietlisbach)

Kritische Schweizer Stimmen zum «Rahmenabkommen II»

Allianz Kompass/Europa: Einzigartiges politisches System der Schweiz schützen

«Die Schweiz ist als international ausgerichtete Volkswirtschaft auf produktive Beziehungen mit anderen Staaten angewiesen. [...] Gleichzeitig verfügt die Schweiz über ein einzigartiges politisches System, das sich durch direktdemokratische Entscheide und hohe Stabilität auszeichnet. Dieses System hat wesentlich zu unserem grossen gesellschaftlichen Konsens und zum heutigen Wohlstand beigetragen. Darum wollen wir dieses System erhalten und schützen.»

«Kompass/Europa setzt sich dafür ein, dass unser Land weiterhin eigenständig über die Art und Weise seiner Beziehungen mit Europa und der Welt entscheiden kann [...] und unterstützt eine Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU auf Augenhöhe, das heisst unter Respektierung unserer völkerrechtlichen Souveränität sowie unserer demokratischen Insti-

tutionen und föderalistischen Strukturen inklusive der damit verbundenen verfassungsmässigen Volksrechte.» (aus dem Manifest der Allianz Kompass/Europa)¹

Carl Baudenbacher: «Im Tarnanzug in die EU»

«Aber wer die Dinge nüchtern analysiert, der stellt fest, dass der «Paketansatz» nichts anderes ist als ein maskiertes InstA [Institutionelles Abkommen] II. Die Tatsache, dass der nicht neutrale EuGH faktisch für die Entscheidung der meisten Konflikte zuständig wäre, ohne dass das Bundesgericht irgendeine Rolle zu spielen hätte, würde die entsprechenden Verträge zu «unequal treaties» machen.»

«Damit bleibt der Bundesrat dem Tarnansatz, der seine Europapolitik seit 2013 bestimmt, treu. Adressat der Tarnung ist nicht etwa die Gegenseite; die Camouflage richtet sich weiterhin an Volk und Stände. Ob diese obersten Verfassungsorgane das in einem Referendum honorieren werden?»²

Ehemalige finnische Verkehrsministerin Anne Berner: Keine Rechtssicherheit durch Abkommen mit der EU

«Oft wird behauptet, man könne nur durch die Unterstellung unter den EuGH Rechtssicherheit erlangen. Dabei ist es derzeit eher so, dass Brüssel mit seiner Politik der Nadelstiche und Sanktionen zur Rechtsunsicherheit beiträgt. Daher ist es schwer nachvollziehbar, wenn von Schweizer Seite die Forderungen der EU als im Interesse der Schweiz dargestellt werden.»³

Urs Wietlisbach: «Wieso geht es euch Schweizern so gut? Ihr habt keine Rohstoffe, ihr habt nichts!»

«Das Endziel der Europäischen Union ist aber eine grundsätzliche dynamische Rechtsübernahme. Und das ist ein Angriff auf die direkte Demokratie, auf den Föderalismus – auf die Stärken der Schweiz. Ich reise viel in der Welt herum, und die Leute fragen mich immer: «Wieso geht es euch so gut? Ihr habt keine Rohstoffe, ihr

habt nichts!» Wenn wir glauben, es liege daran, dass wir gescheiter oder geschaffiger sind als der Rest der Welt, dann stimmt das nicht. Wir sind schon geschaffig und sicher nicht die Dümmeren, aber es ist unser direktdemokratisches System, unser Föderalismus. Dieses System dürfen wir nicht aufgeben.»⁴

¹ https://kompasseuropa.ch/wp-content/uploads/2021/04/Manifest_DE.pdf.

² In: Schweizer Monat vom März 2023. Carl Baudenbacher ist Rechtsanwalt und Gastprofessor an der London School of Economics. Von 2003 bis 2017 war er Präsident des EFTA-Gerichtshofs.

³ Berner, Anne. «Innenpolitischer Realismus im Verhältnis Schweiz - EU». Gastkommentar in: Neue Zürcher Zeitung vom 24.3.2023. Anne Berner ist finnisch-schweizerische Doppelbürgerin.

⁴ Gafafer, Tobias; Tanner, Samuel. «Der Krieg bedeutet nicht, dass sich die Schweiz der EU annähern muss». Interview mit Urs Wietlisbach, Mitgründer von Kompass/Europa. In: Neue Zürcher Zeitung vom 24.3.2023

Unsere Armee sicherte der Schweiz im Zweiten Weltkrieg den Frieden (Teil 1)

von Gotthard Frick



Gotthard Frick
(Bild zvg)

In der «Neuen Zürcher Zeitung» vom 10. März 2023 wurden unter dem Titel «Die Schweiz der Masochisten» mehrere Leserbriefe veröffentlicht, die sich mit Fragen zur Neutralität, Armee und Sicherheitspolitik befassten. Darunter findet man auch die Behauptung, nicht unsere Armee, sondern unsere «Geschäfte» (Lieferung von Waffen und Munition) mit Nazideutschland hätten dieses von einem Angriff auf unser Land abgehalten. Die, die das behaupten, sind sicher erst nach dem Zweiten Weltkrieg geboren worden, im Gegensatz zum Verfasser dieser Antwort, der diese Zeit als Jüngling sehr bewusst erlebt hat. Im folgenden wird gezeigt, dass diese Aussage so nicht stimmt.

Im Krieg geht es für die betroffenen Völker um alles. Er muss unter allen Umständen gewonnen werden. Alle anderen Überlegungen, Anliegen, auch die Moral, sind zweitrangig. So erstaunt es nicht, dass alle bedeutenderen, in Westeuropa eingesetzten Armeen, auch die Streitkräfte der Schweiz freundlich gesinnten demokratischen Staaten, einen Angriff auf die Schweiz prüften (die französische schon ab 1937, die britische, italienische und nach der Ankunft in Europa die der USA). Aber alle kamen zum Schluss, unsere Armee sei zu stark für einen erfolgreichen Angriff. Um das zu zeigen, werden hier Schlüsselsätze aus Angriffsplanungen auf unser Land aller beteiligten grösseren Mächte wiedergegeben.

Angriffsplanungen gegen die Schweiz – die Motive verschiedener Länder

Die Hauptgründe für mögliche Angriffe auf unser Land waren unterschiedlich: ideologische (Schaffung des Grossdeutschen Reichs), Ausschalten einer der letzten grösseren, nicht deutschfreundlichen Armeen in Westeuropa, Übernahme unserer Nord-Süd- und Ost-West-Transversalen, Übernahme unserer Wirtschaft, eine mögliche Besetzung der Schweiz, um einer solchen durch den Feind zuvorzukommen usw.

Es stimmt, die Schweiz hat Deutschland, aber auch Grossbritannien und anderen Ländern Waffen und viel anderes geliefert. So hatte sie zur Zeit der grossen deutschen Luftangriffe auf Grossbritannien z. B. dessen Flotte bis Ende 1940 mit 1500 Flie-

«Schweiz-EU: für eine ...»

Fortsetzung von Seite 3

Falls die EU von ihren Bedingungen nicht abrücke, empfiehlt die Allianz dem Bundesrat, «die Verhandlungen auf der heutigen Basis nicht weiterzuführen». Denn: «Unsere basisdemokratischen Rechte sowie unsere langfristigen Standortvorteile gewichten wir höher als kurzfristige Transaktionskosten-Vorteile aus einem möglichen Vertragspaket mit der EU. Nicht zuletzt sind wir davon überzeugt, dass es von Ihnen gegenüber der EU Hartnäckigkeit braucht, um auch innenpolitisch die nötige Unterstützung für die künftige Europapolitik der Schweiz zu erhalten.»

Der Brief an den Bundesrat schliesst mit den unterstützenden Worten: «Für die komplexen und anspruchsvollen Entscheide, die Sie treffen müssen, möchten wir Ihnen Gelassenheit wünschen und unser Vertrauen aussprechen. Gute Lösungen oder auch neue Ansätze brauchen Zeit. Die haben wir.»

gerabwehrkanonen verstärkt. Am wichtigsten und dringendsten benötigte das Land aber eine grosse Zahl von Schweizer Werkzeugmaschinen für seine eigene Rüstungsindustrie, die wir auch lieferten. Da auch die USA solche brauchten, haben sie Ende 1942 mit der Schweiz sogar ein wirtschaftliches Kompensationsabkommen abgeschlossen. In ihren Abkommen mit Deutschland reduzierte die Schweiz laufend den Umfang des gegenseitigen Handels, zuletzt am 29. Juni 1944 auf noch 20 % der Lieferungen zu Kriegsbeginn.

Solange es Kriege gibt, werden sich potentielle Angreifer auf die Schweiz – wie in der Vergangenheit – die Fragen stellen:
– Will sich das Schweizervolk verteidigen?
– Hat es die dafür nötige Armee?

Frankreich: Zögern, Warten, Niederlage – trotz militärischer Überlegenheit

Deutschland griff Frankreich und die Benelux-Staaten am 10. Mai 1940 an. Beide Seiten verfügten über insgesamt je rund 140 Divisionen, einschliesslich 10 britischer und 20 belgischer auf alliierter Seite. Von allen schweren Waffen – Geschützen, Panzern, Kampfflugzeugen – besass die französische Armee wesentlich mehr als die deutsche Wehrmacht. Zudem waren die französischen Panzer den deutschen auf dem Gefechtsfeld weit überlegen. Frankreich verfügte an der Grenze zu Deutschland auch noch über seine mächtige *Maginot-Befestigungslinie*, während Deutschland mit dem Bau der gegenüberliegenden, 650 km langen *Siegfried-Linie* erst kurz vor Kriegsausbruch begonnen hatte.

Hitler verfügte 1939 an der Westfront anfänglich nur über 34 Divisionen, davon waren bloss 12 kriegsbereit, da das Gros der Wehrmacht für den Krieg gegen Polen (1. bis 28. September 1939) eingesetzt war. Hitler befürchtete in dieser Zeit einen französischen Angriff und erkundigte sich täglich, ob ein solcher begonnen habe. Erst nach Polens Niederlage konnte Hitler eine grosse Zahl von Truppen für den Angriff auf Frankreich bereitstellen.

Vertane Chance – Konsequenzen für die Schweiz

Frankreich hatte seine einmalige Chance, den Krieg mit einem Angriff auf das im Westen anfänglich weit unterlegene Deutschland rasch zu beenden, nicht ergriffen. Das war nicht nur ein strategischer Fehler, sondern auch ein Vertragsbruch, denn es hatte sich vertraglich verpflichtet, Polen und die Tschechoslowakei im Angriffsfall mit seiner Armee zu unterstützen. (Beide waren schon von Deutschland angegriffen worden.) Seine Armee war völlig demoralisiert.

Das hatte im April 1940 auch eine Schweizer Offiziersmission unter Oberst *Samuel Gonard* festgestellt, die General *Guisan* mit dem Auftrag zur französischen Armee delegiert hatte, die Zusammenarbeit für den Fall eines deutschen Angriffs vorzubereiten. Sie kam aber nach dem schockierend negativen Eindruck, den die französische Armee auf sie machte, zum Schluss, unser Land müsse sich alleine verteidigen.

Den Alleingang bereitete die Schweiz dann mit dem Operationsbefehl No. 13 vom 24. Mai 1941 vor, der den Aufbau des *Réduit* auslöste. An dessen Eingängen baute sie die grossen Landesbefestigungen, St. Maurice, Gotthard und Sargans auf. Das Gros der Armee wurde ins *Réduit* mit seinen 16 Kriegsflugplätzen und Festungen verschoben, und es wurde die Unbrauchbarmachung der Industrie, die Sprengung aller wichtigen Brücken, Tunnel und Strassen und vieles andere mehr vorbereitet. General *Guisan* rief am 25. Juli 1940 alle Schweizer Offiziere ab Major zum Rütli-Report und befahl an der Wiege der Eidgenossenschaft «die Bereitschaft zum bedingungslosen Widerstand».

«Das Reich», die Nazi-Zeitung, schrieb am 22. Juli 1941: «Die Schweizer können für sich in Anspruch nehmen, das einzige Land in Europa zu sein, in dem keine Freiwilligen (für die deutsche Wehrmacht) gewonnen werden können». Insgesamt leisteten

nur 2000 Schweizer, davon 75 % in Deutschland lebend, freiwillig Dienst in der Wehrmacht. Einer, der zuerst seine Strafe dafür hatte absitzen müssen, holte dann in der vom Verfasser geleiteten Kompanie seine mit der Wehrmacht in Russland verpassten Wiederholungskurse in der Kompanie des Verfassers nach. Wegen seiner grossen Kriegserfahrung zog ihn der Bataillonskommandant, ein Berufsoffizier, jeweils bei Inspektionen als Experten bei.

Kurz nach Kriegsbeginn führte der Armeestab auch für jüdische Wehrmänner an deren Feiertagen Urlaube ein. Der vom Staat finanzierte deutsche «Welt-Dienst» kommentiert das wie folgt: «Die Schweiz kann für sich in Anspruch nehmen, noch das einzige Judenparadies in Europa zu sein.»

Juni 1940 bis September 1944: von Achsenmächten umzingelt

Die Schweizer Einschätzung von Frankreichs Armee wurde schon am 22. Juni 1940 durch dessen Kapitulation, nur sechs Wochen nach dem deutschen Angriff vom 10. Mai 1940, bestätigt. Bis zur Ankunft der US-Truppen an der Grenze bei Genf am 7. September 1944 war die Schweiz von nun an von beiden Achsenmächten, nach der Kapitulation Italiens am 9. September 1943 sogar völlig von der deutschen Wehrmacht umzingelt.

In der Schweiz war wegen der allgemeinen Knappheit in allen Bereichen schon kurz nach Kriegsbeginn eine strikte Rationierung eingeführt worden. Dank der Anbauschlacht konnte unser Selbstversorgungsgrad im Laufe der Kriegsjahre bei Lebensmitteln zwar von anfänglich 50 % auf 59 % gesteigert werden. Aber 41 % unseres Bedarfs mussten immer noch aus aller Welt importiert werden. Dafür mussten die Kriegsparteien ihre Zustimmung geben.

Zähes Verhandlungsgeschick

Besonders von Deutschland war die letztere nur gegen ein Schweizer Entgegenkommen zu erhalten. Für überlebenswichtige Importe, u. a. von Koks und Kohle, war die Schweiz ganz von Deutschland abhängig. Deutschland nützte diese vorteilhafte Lage aus, um die Schweiz zu Konzessionen zu zwingen. So stellte es gegen Ende 1942, also im Winter, die monatliche Ausfuhr der 150 000 Tonnen Kohle pro Monat ein, um uns unter Druck zu setzen. Zu Jahresbeginn 1943 reagierte die Schweiz mit dem Abbruch der Verhandlungen. Aber Hitler hatte dann im März 1943 befohlen, den Druck auf die Schweiz nicht so weit zu treiben, dass die Verhandlungen scheiterten. Am 23. Juni 1943 beendete die Schweiz den vertragslosen Zustand mit einem neuen Abkommen mit Deutschland, wobei sie gleichzeitig ihre Lieferverpflichtung um 20 % reduzierte. (Mangels genügender Mengen von Heizmaterial fror im Kriegswinter 1943/44 im Elternhaus des Verfassers in Zürich die Zentralheizung ein. Die Heizkörper platzten unter dem Druck des Eises, und das Restwasser floss durch Böden und Mauern in die unteren Stockwerke.)

Ein grosser Teil der Schweizer Gold- und Währungsreserven war in den USA gelagert. Am 21. Juni 1941 blockierten die USA die Guthaben und Goldreserven aller kontinentaleuropäischen Länder. Einzelne Abteilungen der US-Regierung forderten sogar, die Schweiz müsse ihren Handel mit Deutschland ganz einstellen (wohl in Unkenntnis der geographischen Lage der Schweiz mitten im von Deutschland besetzten Europa.) Da aber auch die USA dringend Schweizer Werkzeug- und Präzisionsmaschinen brauchten, konnte die Schweiz mit ihnen und Grossbritannien Ende 1942 ein wirtschaftliches Kompensationsabkommen abschliessen.

Einmalig schnelle Mobilisierungsfähigkeit der Schweizer Armee

Eine der Stärken der Schweizer Armee war die sehr schnelle Mobilisierung. So schrieb der *Lord Mayor* von London nach einem Besuch unseres Landes in der «Times» vom 11. November 1938 wörtlich, keine Armee der Welt könne so schnell mobilisieren wie die



ISBN 978-3-033-02948-4
Das Buch kann beim Verlag Zeit-Fragen,
Postfach 247, 9602 Bazenheid bezogen werden.

schweizerische. Er empfahl der britischen Regierung, das Schweizer System zu übernehmen.

Im Juli 1938 besuchte der deutsche Generalstabshauptmann von *Xylander* (der spätere General) ein Scharfschiessen von Schweizer Gebirgstruppen. In seinem Bericht darüber steht: «Die Truppe macht einen guten Eindruck. Die Soldaten arbeiten mit Passion und Ernst [...], sind etwas schwerfällig (Berner Oberländer), jedoch sehr zäh und kräftig und zuverlässig [...]. Es muss anerkannt werden, dass die Feuerleitung und Wirkung beim Schiessen der Artillerie wie auch der schweren Infanteriewaffen sehr wendig und bemerkenswert gut waren.»

Die Angewöhnung (an die Realität des Schlachtfeldes) ist für alle Armeen von grosser Wichtigkeit. In der deutschen Angriffsplanung vom Sommer 1943 sagte der Autor General *Böhme* zum Thema: «Gelingt es der Schweiz, die beiden ersten Wochen (eines deutschen Angriffs) durchzustehen, so werden zahlreiche feuergeübte Truppen zur Verfügung stehen.»

In der Angriffsstudie TANNENBAUM von 1940 stand, dass ein Teil der Schweizer Grenztruppen innert fünf Stunden kampfbereit sei, die Grenz-, Gebirgs- und leichten Brigaden in einem Tag und die ganze Armee in zwei Tagen. Laut einem Bericht des deutschen Generalstabschef *Halder* vom 27. März 1940 benötigte die italienische Armee zwei Wochen für die Mobilisierung von 20 Divisionen. In sein Kriegstagebuch schrieb er am 26. März 1940, «dass eine Umgehung der Front durch eine unverteidigte Schweiz eine verlockende Möglichkeit gewesen wäre».

Am 4. Oktober 1942 wurde in der Angriffsplanung der deutschen Besatzungsarmee in Frankreich davor gewarnt, sich durch die geringe Zahl der gerade mobilisierten Schweizer Verbände zu falschen Schlüssen verleiten zu lassen, da die beurlaubten Wehrmänner sofort wieder einsatzfähig seien. Ein Hinweis auf unser einmaliges Mobilisierungssystem.

Réduit: Strategie statt Konzeptlosigkeit

Als Reaktion auf die militärische Beherrschung Europas durch Deutschland schuf General *Guisan* das *Réduit*. Das Gros der Armee war nun im Gebirge. Das Schwerkriegsgerät der folgenden deutschen Angriffspläne lag nun auf der möglichst raschen Besetzung der Réduiteingänge durch Luftlandtruppen, um zu verhindern, dass die einrückenden Schweizer Wehrmänner ihre Einsatzräume erreichten. Auf diese Bedrohung reagierte *Guisan*, indem er die Alpentransversalen (Brücken, Tunnel usw.) und die Elektrizitätsversorgung, die zur Sprengung vorbereitet waren, durch starke Kampfverbände dauernd sichern liess, auch wenn das Gros der Armee demobilisiert war. Die Produktionsstätten im Land wurden durch die eingübte Entfernung von Schlüsselementen (z. B. aus Maschinen) darauf vorbereitet, unbrauchbar gemacht zu werden.

¹ «Bundesrat beschliesst das weitere Vorgehen im Hinblick auf ein Verhandlungsmandat». *Medienmitteilung* vom 29.3.2023

² Konferenz der Kantonsregierungen KdK. *Beziehungen Schweiz-EU. Standortbestimmung der Kantone* vom 24. März 2023

³ <https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Artikel/Europa/beihilfenkontrollpolitik.html>

⁴ <https://kompasseuropa.ch/wp-content/uploads/2023/03/Offener-Brief-an-den-Bundesrat-1.pdf>

Zur Diskussion gestellt

Entfaltet sich im Krieg gegen Russland auch deutsche Grossmachtpolitik?

von Karl-Jürgen Müller

Als ich vor ein paar Tagen las, dass 196 der 293 Kampfpanzer, die westliche Regierungen an die Ukraine schon geliefert haben bzw. in absehbarer Zeit liefern wollen, direkt aus Deutschland kommen¹ – hinzu kommen Kampfpanzer deutscher Produktion aus anderen Ländern, für welche die deutsche Regierung die Ausfuhrgenehmigung erteilt hat –, habe ich mich erneut gefragt: Wie ist es möglich, dass eine deutsche Regierung – 80 Jahre nach einem mit äusserster Brutalität geführten Vernichtungskrieg gegen die Völker der Sowjetunion und 80 Jahre nach Stalingrad und Kursk – derartiges tut: an vorderster Front wieder Krieg zu führen gegen Russland? Ohne angegriffen oder bedroht worden zu sein! Krieg zu führen mit Hilfe von Ukrainern, die zigtausendfach ihr Leben lassen für einen Krieg, der ihrem Land selbst nichts bringt ausser Tod und Zerstörung. Einen Krieg, in dem nun Menschen gleicher Geschichte aufeinander schiessen, Menschen, die Jahrzehnte lang friedlich zusammengelebt haben.

Keine «Zeitenwende»

Es gibt die Ansicht, der westliche Krieg gegen Russland werde von den USA geführt, die europäischen Staaten seien nicht mehr als unter Druck gesetzte Vasallen und machten (eher unwillig) bei diesem Krieg mit – gegen ihre eigenen Interessen.

Ich denke, dass diese Ansicht relativiert werden muss. Für mitteleuropäische Staaten wie Polen und die baltischen Staaten ist der eigene antirussische Reflex ganz offensichtlich. Deren derzeitige Regierungen sind ganz auf Kriegskurs. Ist auch die deutsche Regierung nun dazu übergegangen, deutsche Grossmachtpolitik zu eskalieren und dabei auch Krieg zu führen – sehr wohl auch mit eigenen Interessen? Und ist dies vielleicht doch keine «Zeitenwende», sondern eine Politik, die sich seit der deutschen «Wiedervereinigung» mit ihrer «Berliner Republik» Schritt für Schritt abgezeichnet hat – und auch schon in den Jahren davor, in den Jahren der alten Bundesrepublik?

Hier nur ein paar Stichworte dazu:

Deutsche Grossmacht- und Kriegspolitik seit mehr als 30 Jahren

- Der deutsche Griff auf die «Filetstücke» des wirtschaftlich und politisch kriselnden Jugoslawiens seit Mitte der achtziger Jahre, die Vorreiterrolle bei der (ethnopolitisch begründeten und wirtschaftlich motivierten) Zerstückelung des Landes und der

Zeit-Fragen

Zeitung für freie Meinungsbildung, Ethik und Verantwortung, für die Bekräftigung und Einhaltung des Völkerrechts, der Menschenrechte und des Humanitären Völkerrechts

Herausgeber: Genossenschaft Zeit-Fragen
Chefredaktion: Erika Vögeli

Redaktion und Inserate:
Zeit-Fragen, Postfach 247
CH-9602 Bazenheid
E-Mail: redaktion@zeit-fragen.ch
abo@zeit-fragen.ch

Internet: www.zeit-fragen.ch

Druck: Druckerei Nüssli, Mellingen AG
Jahresabonnement: Fr. 168.–/ Euro 108.–
Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Jahr, wenn vor Ablauf keine Kündigung erfolgt.
CH: Postcheck-Konto Nr. 87-644472-4

D: VR Bank Tübingen eG, BIC GENODES1VBH
IBAN DE09 6039 1310 0067 517005

A: Raiffeisen Landesbank, BIC RLVGAT2B
IBAN AT55 3700 0001 0571 3599

Die Redaktion freut sich über Zuschriften von Lesern. Sie behält sich aber vor, gegebenenfalls Texte zu kürzen.

© 2023 für alle Texte und Bilder bei der Genossenschaft Zeit-Fragen. Abdruck von Bildern, ganzen Texten oder grösseren Auszügen nur mit Erlaubnis des Verlages oder der Redaktion, von Auszügen oder Zitaten nur mit ausdrücklicher Kennzeichnung der Quelle Zeit-Fragen, Bazenheid.

«Ein gewohnt fleissiges Arbeiten und ein friedliches Leben ohne geschürte Angst ermöglichen»

Offener Brief des Aktionsbündnis Sächsischer Unternehmer n. e. V. (ASU) vom 27. Februar 2023 an die Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Russischen Föderation sowie das russische Volk

Sehr geehrte Damen und Herren, wir, das Aktionsbündnis Sächsischer Unternehmer, möchten uns mit diesem offenen Brief heute an Sie wenden.

Wir sind ein Verein, der sich zur Aufgabe gestellt hat, auf der Basis des Grundgesetzes unter Wahrung der Demokratie, der Meinungsfreiheit und der Rechtsstaatlichkeit die Interessen Sächsischer Unternehmen zu vertreten. Zurzeit gehören unserem Verein mehr als 300 Unternehmer an, die mehrere tausend Arbeitsplätze hauptsächlich im Bereich Kleine und Mittelständische Unternehmen in Sachsen repräsentieren. So unterschiedlich, wie die Branchen sind, in denen wir alle tätig sind, eint uns dennoch die Sorge um die Zukunft unserer Unternehmen und damit auch die Sorge um die Zukunft unserer Familien und unserer Heimat.

Wir setzen uns für alle erdenklichen Massnahmen ein, die zum Ziel haben, in Sachsen wieder normale Verhältnisse vorzufinden – die eben nicht von Krieg, Sanktionen, Hetze und Bevormundung geprägt sind und die uns ein gewohnt fleissiges Arbeiten und ein friedliches

Leben ohne geschürte Angst ermöglichen.

Leider sehen wir momentan die Gefahr, dass unsere Bundesregierung wohl alles erdenklich Mögliche tut, um die Kriegsgefahr für ganz Europa zu verschärfen. Damit sind wir als Unternehmerverband, als Unternehmer und als Menschen nicht einverstanden! Es ist für uns vollkommen unverständlich, wie es möglich sein kann, dass ein Land, welches sich selbst und die ganze Welt schon zweimal mit einem Weltkrieg gestraft hat, nun wieder zündelt und somit die Gefahr eines weiteren, grossen Konfliktes heraufbeschwört. Wir stellen uns ganz offen gegen diese aggressive Politik der Bundesregierung und fordern alle am Konflikt beteiligten Parteien auf, friedliche und diplomatische Lösungen zu suchen und zu finden! Niemand von uns möchte die Existenz seines Unternehmens, seiner Mitarbeiter, seiner Familie und seiner eigenen Person aufs Spiel setzen, nur um damit geopolitischen Vorgaben aus Übersee Genüge zu tun.

Wir deutschen Unternehmer aus dem Klein- und Mittelstand sind ein friedvol-

les Volk. Wir lehnen jedweden mit Waffen ausgetragenen Konflikt ab! Waffen bedeuten immer, dass Menschen sterben. Wir setzen uns für das Leben ein – für ein friedliches Leben miteinander und nebeneinander! Wir wünschen friedliche Koexistenz und Zusammenarbeit innerhalb Deutschlands, aber vor allem auch zwischen Deutschland und Russland. Wir möchten weiterhin friedvoll gemeinsam Handel zum gegenseitigen Vorteil treiben. Wir wollen weder unsere Söhne und Töchter, noch unsere Mitarbeiter in einem kriegerischen Konflikt verlieren!

Deshalb appellieren wir nachdrücklich an alle Beteiligten, sich *gemeinsam* und diplomatisch für das friedliche Wohlergehen unserer Völker einzusetzen und jedwede kriegerische Handlung sowie Waffenlieferungen sofort zu beenden!

Mit friedlichen Grüssen

Frank Liske & D. Jörg List, Vorstand ASU Aktionsbündnis Sächsischer Unternehmer n. e. V.

Quelle: <https://www.abkmu.de/wp-content/uploads/2023/02/ASU-A3.-Presseerklaerung-27.01.23-offener-Brief-Frieden.pdf>

«Die Frage nach der Rolle Deutschlands in Europa ist von zentraler Bedeutung. Die viel gehörte Forderung, Europa solle sich von den USA lösen und einen eigenständigen Weg in der Weltpolitik gehen, kann nur dann Sinn machen, wenn dieser eigenständige Weg als Weg des Völkerrechts, der Gleichberechtigung *aller* Staaten und Völker, der Zusammenarbeit und des Friedens definiert wird.»

frühen geheimdienstlichen Förderung der terroristischen UÇK im Kosovo.

- Die gleich nach 1990 begonnene, das Land militarisierende «Salamitaktik»: Schritt für Schritt weg von der Landesverteidigung hin zur Bereitschaft, auch völkerrechtswidrige Angriffskriege zu führen.
- Die deutsche Vorreiterrolle nicht nur bei der Ost-Erweiterung der EU (deutscher Erweiterungs-Kommissar *Günther Verheugen*), sondern auch bei der Nato.²
- Die deutsche Vorreiterrolle bei der sogenannten *Östlichen Partnerschaft* der EU und damit dem Zugriff auf direkt an Russland grenzende Staaten – bei gleichzeitiger bewusster Verdrängung Russlands.
- Die deutsche Rolle beim verfassungswidrigen Regierungswechsel in der Ukraine im Februar 2014.
- Das deutsche falsche Spiel mit den *Minsker Abkommen*: kein ehrlicher Versuch, eine friedliche Lösung in der Ukraine herbeizuführen, sondern Kriegsvorbereitung gegen Russland.

Gewiss: Niemals waren es die Deutschen insgesamt, die dies taten, und auch nicht die deutschen Machteliten insgesamt. Kanzler *Kohl*, Kanzler *Schröder* und gewichtige Teile der SPD zum Beispiel setzten nicht auf Konfrontation mit Russland, sondern auf wirtschaftliche (und politische) Vorteile aus einem guten Verhältnis zu diesem Land und seiner Regierung. Auch in der deutschen Wirtschaft gab es solche Interessen. Aber waren das – auf lange Sicht gesehen – nicht nur Nebengleise?

Kriegsdamen und -herren in Berlin

Die Versuche, die deutsche Regierung mit Argumenten davon zu überzeugen, dass Russland einen Krieg zur Verteidigung von Russen und Russland gegen eine kriegswillig gemachte Ukraine und vor allem gegen einen aggressiven Westen führt und dass die Verantwortlichen in der Ukraine Schritt für Schritt – auch schon vor dem 24. Februar

2022 – eine extrem nationalistische Diktatur errichten, die nichts mit «Freiheit», «Rechtsstaat» und «Demokratie» zu tun hat,³ können dann auch nicht fruchten. Denn die eigentlichen Kriegsdamen und -herren sitzen eben nicht nur in Washington, sondern auch in Berlin. Dass man sich für Kriege faschistischer Regime bedient, hat schon der Zweite Weltkrieg gezeigt. *Hitlers* Antibolschewismus war nicht nur eine deutsche Sache. In neuen Konstellationen kann sich Geschichte durchaus wiederholen.

Vorurteile

Die deutsche Politik hat es dieses Mal geschafft, einen Zwei-Fronten-Krieg wie im Ersten und Zweiten Weltkrieg zu umgehen. Sie hat es geschafft, grosse Teile der deutschen Bevölkerung mit massiver Desinformation und Propaganda glauben zu machen, man helfe einem unschuldig («unprovoziert») angegriffenen kleinen Land, das für nichts anderes als ein Leben in Freiheit und Demokratie kämpft – gegen einen übermächtigen und diktatorisch geführten, menschenverachtenden Aggressor. Man wolle eigentlich nichts lieber als den Frieden, wolle jegliche Eskalation vermeiden, müsse nun aber alles tun, damit der «Aggressor» seinen «brutalen Angriffskrieg» verliert («Frieden schaffen mit mehr Waffen»).

Dass diese Desinformation und Propaganda in Deutschland bei vielen greifen kann, hängt indes auch damit zusammen, dass alte, tiefsetzende Vorurteile gegenüber Russland und den Russen bedient werden – im Westen um ein Vielfaches stärker als im Osten des Landes. Dass die Uhren im Osten anders ticken, zeigen die vielen Stimmen gegen den Krieg aus diesem Landesteil, die eben nicht von «Extremisten» kommen (siehe auch *Kasten*).

Gibt es einen Ausblick?

RT DE titelte am 8. April 2023: «Warum der Westen einen Faustschlag ins Gesicht ver-

diert.» Besser wäre es, wenn sich im Westen, wenn sich vor allem in Deutschland nicht nur wenige, sondern Millionen von Bürgerinnen und Bürgern aktiv hinter einen Aufruf wie den der Berliner Friedenskonferenz «Dialog statt Waffen – Frieden mit Russland» (siehe Seite 6) stellen. Aber die Zeit dafür verrinnt.

Die Frage nach der Rolle Deutschlands in Europa ist von zentraler Bedeutung. Die viel gehörte Forderung, Europa solle sich von den USA lösen und einen eigenständigen Weg in der Weltpolitik gehen, kann nur dann Sinn machen, wenn dieser eigenständige Weg als Weg des Völkerrechts, der Gleichberechtigung *aller* Staaten und Völker, der Zusammenarbeit und des Friedens definiert wird. Diesbezüglich sind an die deutsche Politik der vergangenen 30 Jahre sehr kritische Fragen zu stellen. Diese Fragen richten sich auch an andere europäische Staaten. Aber ganz speziell an Deutschland; denn Deutschland beansprucht spätestens seit der Finanzkrise 2008 die «Führung» in EU-Europa und ist dabei auch wenig zimperlich mit anderen europäischen Staaten umgegangen. Viele erinnern sich noch gut an Finanzminister *Steinbrück*, der im Jahr 2009 damit drohte, die Kavallerie in Richtung Schweiz zu schicken, und die deutschen Diktate in der Euro-Krise seit 2010 (*Volker Kauder*, Fraktionsvorsitzender CDU/CSU im Deutschen Bundestag, 2011: «Jetzt [...] wird in Europa Deutsch gesprochen.»).

Höchstwahrscheinlich gilt: Die Verhältnisse in Deutschland müssen sich grundlegend ändern, sonst wird auch ein Europa ohne die USA kein Förderer des Friedens sein.

¹ <https://www.anti-spiegel.ru/2023/deutschland-liefert-zwei-drittel-der-fast-300-westlichen-panzern-fuer-kiew/> vom 5.4.2023

² Heute ist weitgehend vergessen, dass es der deutsche Verteidigungsminister *Volker Rühle* (CDU) war, der ab 1993 auf eine Nato-Ost-Erweiterung drängte, zuerst noch gegen Bedenken des damaligen US-Präsidenten *Bill Clinton*, und dass in den Jahren 1993–1994, vorentscheidende Jahre für die Ost-Erweiterung, der Vorgänger in Rühes Amt, der CDU-Politiker *Manfred Wörner*, Generalsekretär der Nato war.

³ vgl. dazu aktuell unter anderem <https://globalbridge.ch/in-der-ukraine-wird-unter-dem-laerm-des-krieges-eine-oligarchische-diktatur-errichtet/> vom 2.4.2023 und <https://www.nachdenkseiten.de/?p=96200&pdf=96200> vom 11.4.2023

«Wagen wir mehr Menschlichkeit!»

Vortrag auf dem Kongress «Dialog statt Waffen – Frieden mit Russland» in Berlin vom 27. März 2023

von Wolfgang Effenberger

km. In ihren Antworten auf die Frage, wer und was den Krieg in der Ukraine verursacht hat und wie dieser Krieg beendet werden kann, sind sich diejenigen, die sich in Deutschland einmal «Friedensbewegung» nannten, nicht einig. Das Spektrum reicht von der Forderung nach Waffenlieferungen an die Ukraine (so selbst in den ehemals friedensbewegten deutschen Amtskirchen) bis hin zur Forderung nach einem sofortigen Waffenstillstand und anschließenden Friedensverhandlungen. Charakteristisch dabei sind das Festhalten an ideologischen und parteipolitischen Positionen sowie Ab- und Ausgrenzungen.

Das «Ostdeutsche Kuratorium der Verbände» (OKV) – dem vorgeworfen wird, «vereinigungsfeindlich» zu sein, das selbst aber davon spricht, sich für die «innere Einheit des deutschen Volkes» einzusetzen – hatte hingegen zwei Briefe ehemaliger hochrangiger DDR-Militärs zum Anlass genommen, für den 27. März 2023 Referenten aus Ost- und Westdeutschland einzuladen¹, die ganz verschiedene weltanschauliche Positionen haben. Einig sind sie sich darin, dass vom Krieg in der Ukraine eine massive Gefahr für den Weltfrieden ausgeht und alles getan werden müsse, um zu einem «Frieden mit Russland» zu kommen – nicht, weil man ein Freund Russlands sein muss, sondern als «ein Gebot der Vernunft» – so der ehemalige DDR-Agent bei der Nato und heutige Publizist Rainer Rupp zu Beginn der Konferenz.

Wir dokumentieren den Vortrag des ehemaligen Bundeswehr-Offiziers und heutigen Publizisten Wolfgang Effenberger und die Abschlusserklärung.



Wolfgang Effenberger (Bild zvg)

Liebe Friedens-Freunde, danke für die Einladung. Und Dank an die Generäle Manfred Grätz und Sebald Daum, ohne deren mutige Briefe diese Veranstaltung vermutlich nicht stattfinden würde.

1946 kam ich zwei Monate nach der Vertreibung meiner Eltern aus Schlesien in Südoldenburg zur Welt und wurde dann mit 18 Jahren Soldat. 1973 hatte ich als junger Hauptmann in meiner Verwendung als Nato-Offizier im Kalten Krieg Einblick in das geplante atomare Gefechtsfeld. In der Funktion als Wirkungsberater habe ich auf diesem rötlichen Befehlspapier Befehle für den sogenannten Ernstfall verfasst.

Auf der Rückseite habe ich meine damals geheimen Aufgaben abgetippt:

- Erkunden von ADM²-Sperrpunkten
- Erarbeiten von Wirkungsanalysen
- Vorbereiten von ADM-Einsätzen ...

Im sogenannten Verteidigungsfall hätte ich damals einen atomaren Sperrzug führen müssen. Angesichts der Bereitschaft der Vereinigten Staaten, hier in Europa die atomare Verwüstung in Kauf zu nehmen, setzte sich in mir bald die Erkenntnis durch, dass Frieden in Freiheit höchste Priorität haben muss. Er ist die Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben. Freiheit und Wahrhaftigkeit sind Grundvoraussetzungen für den Frieden. Im Krieg gibt es weder Freiheit noch Wahrheit noch Demokratie, sondern auf beiden Seiten nur unvorstellbares Leid!

1989 hoffte ich, dass nun endlich wirklicher Frieden in Europa einkehren würde! Doch die Hoffnungen wurden enttäuscht. Russland wurde ausgeplündert, und die Nato wurde entgegen den Zusagen beständig nach Osten erweitert, bis hin zum Putsch in der Ukraine.

Das erste Opfer des Krieges ist stets die Wahrheit. Das habe ich als Zeitzeuge bewusst miterlebt, und zwar bei den illegalen Kriegen der USA: Vietnam, Jugoslawien, Afghanistan, Irak, Libyen und Syrien.

Die Voraussetzungen für eine freie, demokratische Gesellschaft sind heute kaum noch gegeben.

Aufruf: Dialog statt Waffen – Frieden mit Russland

Wir, die Teilnehmer unseres heutigen Forums, rufen alle friedliebenden Menschen auf, sich unserem Protest gegen den Krieg und für einen gerechten Frieden anzuschließen.

In der grossen Gefahr, in der sich aktuell unsere Völker befinden, haben wir keine Zeit mehr, uns über parteipolitische Differenzen und unterschiedliche gesellschaftspolitische Orientierungen zu streiten. Stattdessen müssen wir uns auf das konzentrieren, was uns eint!

Die Zukunft unserer Kinder und Enkel und die Erhaltung menschlichen Lebens auf unserer Erde erfordern, dass Deutschland und seine Wirtschaft nicht einer Politik westlicher „regelbasierter Ordnung“ zum Opfer fallen, die Russland «zerstören» will und sich auf einen Krieg gegen China vorbereitet.

USA und Nato stehen mit ihrer militärischen Macht an den Grenzen Russlands, rüsten Taiwan gegen China auf und bedrohen so die Sicherheit der Russischen Föderation und der Volksrepublik China.

Begleitet wird diese Politik von Wirtschafts-, Finanz- und Medienkriegen, völkerrechtswidrigen Sanktionen und Falschinformationen, verbunden mit Abbau von Demokratie und Meinungsfreiheit.

Doppelmoral kennzeichnet die «regelbasierte Weltordnung» des Westens. Sie ist in Wahrheit imperiale Kriegspolitik unter Führung der USA. Dafür entrichten die Völker Blutzoll und verlieren die hart erkämpften sozialen Errungenschaften. Seit 1999, dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Restjugoslawien, mandattieren sich die USA ihre Kriegseinsätze

Wir dürfen uns nicht wieder, wie beispielsweise 1999 im Jugoslawien-Krieg geschehen, mittels Lügen in einen Krieg hineinmanipulieren lassen. Wie immer standen hinter den üblichen Floskeln von Freiheit und Demokratie handfeste wirtschaftliche und geopolitische Interessen. Diese wurden Ende April 2000 bei einer Konferenz des US-Aussenministeriums zu den Themen Balkan und Nato-Osterweiterung in Bratislava unverblümt erläutert: «Es gelte, bei der jetzt anstehenden Nato-Erweiterung die räumliche Situation zwischen der Ostsee und Anatolien so wiederherzustellen, wie es am Höhepunkt der römischen Ausdehnung gewesen sei. Dazu müsse Polen nach Norden und Süden mit demokratischen Staaten als Nachbarn umgeben werden, Rumänien und Bulgarien die Landverbindung zur Türkei sicherstellen und Serbien auf Dauer aus der europäischen Entwicklung ausgeklammert werden.» Dieser Plan wird seitdem konsequent umgesetzt.

Das US-Camp Bondsteel sichert die US-Militärpräsenz vom Kosovo aus bis nach Kaschmir auf 99 Jahre. Der Jugoslawien-Krieg liess auch den Ungeist des polnischen Marschalls Pilsudski wieder aus der Flasche – Pilsudski strebte vor 100 Jahren einen von Polen dominierten Raum zwischen Ostsee und Schwarzem Meer an.

Am 21. Juli 2021 verpflichteten sich die USA und Deutschland zur Sicherung der ukrainischen Souveränität und Energiesicherheit. Und darüber hinaus zum Ausbau der Drei-Meere-Initiative – hier ist jetzt noch die Adria hinzugekommen. Polen ist nun der geostrategische Anker des US-Flugzeugträgers in Europa.

Nachdem die USA 1999 für ihren Krieg gegen Jugoslawien kein UN-Mandat bekamen, mandattieren sie seither ihre Kriege selbst. Damit regiert das Faustrecht.

Im Juli 2009 sprach ich auf dem Berliner Friedensfestival zum Thema «Neue Kriege um Rohstoffe?»

Meine Schwerpunkte waren:

1. der Kosovo-Krieg als Zeitenwende
2. die Wiederkehr der Geo-Macht-Politik
3. die Militarisierung der EU.

Mit Artikel 42 des EU-Vertrags werden militärische Missionen «zur Wahrung der Werte

gemäss ihrer sog. «regelbasierten internationalen Ordnung» selbst.

Auch der Krieg in der Ukraine, langfristig geplant und spätestens 2014 begonnen, steht uns täglich vor Augen.

Deutschland trägt als Kriegspartei mit Waffenlieferungen, Geld und militärischer Ausbildung an vorderster Front zur weiteren Eskalation dieses Krieges bei. Es rüstet auf, macht die Bevölkerung kriegsreif und verfolgt Friedensaktivisten. Mit Hass und Hetze schürt es die Feindschaft gegen Russland. Die Regierung verstösst gegen ihren Amtseid [Artikel 56 GG, «... Wohle des deutschen Volkes widmen, ... Schaden von ihm wenden...»], verletzt die wichtigste Verpflichtung des Grundgesetzes: das Friedensgebot [Art. 26GG]. Diese Politik führt in einen Weltkrieg, der keine Sieger kennen wird.

Deshalb

- erheben wir unsere Stimme, um die Kriegsspirale zu stoppen,
- protestieren wir gegen die deutsche Unterstützung zur Verlängerung des Krieges
- und fordern wir ein Ende dieses Kriegskurses durch einen gerechten Frieden, der die Sicherheit Russlands und eine friedliche antifaschistische Ukraine ohne Nato garantiert.

Warten wir nicht, bis es wieder zu spät ist!

Wir sehen unsere Veranstaltung eingeordnet als weitere Stimme für den Frieden, damit sie stärker wird und Kraft in der Breite gewinnt.

Berlin, den 27. März 2023

Quelle: <https://lfdvr.de/wp-content/uploads/2023/04/Entschliessungend.pdf>

der Union und im Dienst ihrer Interessen» real. Das heisst im Klartext: Angriffskriege zur Wahrung ökonomischer und strategischer Interessen.

2010 erhielt ich dann erstmals eine Einladung zum Dresdner Symposium. Gern denke ich an Oberst Professor Dr. Dr. Ernst Woit zurück, der mich wiederholt nicht nur als Referent, sondern sogar persönlich zu sich eingeladen hat. Die Arbeitspapiere der Dresdner Studiengemeinschaft behandelten durchweg richtungsweisende Themen, so zum Beispiel 2011 «Multipolare kollektive Sicherheit statt Pax americana». Seither setze ich mich in meinen Büchern für eine multipolare Friedensordnung ein, z. B. in «Wiederkehr der Hasardeure – Schattenstrategen, Kriegstreiber, stille Profiteure 1914 und heute», zusammen mit Willy Wimmer.

Im Juli 2014 hielten wir im Vorwort fest: «Die gleichen Kreise, die vor hundert Jahren nationale Konflikte für ihre Interessen instrumentalisierten, sind heute wieder am Werk. Wieder wird bedenkenlos gepokert und dabei billigend die Gefahr eines Weltkriegs und



ISBN 978-3-943007-41-1

damit neues unermessliches Leid in Kauf genommen.»

2016 folgte «Geoimperialismus – die Zerstörung der Welt». 2020 das «Schwarzbuch EU & Nato – Warum die Welt keinen Frieden findet» und 2022 «Die unterschätzte Macht – Von Geo- bis Biopolitik – Plutokraten transformieren die Welt».

Am 21. September 2022, dem Internationalen Tag des Weltfriedens, sprach ich als ehemaliger Bundeswehrangehöriger zusammen mit pensionierten wie aktiven Obersten und Generälen des österreichischen Bundesheeres auf dem Platz der Menschenrechte in Wien. Dort wurde die Beibehaltung der gesetzlich verankerten Neutralität Österreichs gefordert. Während die Bundesrepublik Deutschland im Frühjahr 1952 Stalins Neutralitätsangebot zugunsten einer Westintegration abgelehnt hat, implementierten die Österreicher 1955 die Immerwährende Neutralität im Verfassungsrang.

Am 27. Oktober 2022 verabschiedete die Biden-Administration die neue Nationale Sicherheitsstrategie. An erster Stelle steht die wachsende multidisziplinäre Bedrohung durch China und dessen Herausforderung im indopazifischen Raum sowie die von Russland ausgehende Herausforderung in Europa. Es folgen Nordkorea und der Iran. In der neuen Nuklearstrategie wird explizit jeder Verzicht auf einen nuklearen Erstschatz ausgeschlossen. In den Handreichungen des US-Kongresses vom 15. November 2022 wird aus der neuen Nationalen Sicherheitsstrategie zitiert: «Die Vereinigten Staaten sind eine globale Macht mit globalen Interessen. Wir sind in jeder Region stärker, weil wir uns auch in den anderen Regionen engagieren.» Weiter heisst es im Kongresspapier: «[...] die politischen Entscheidungsträger der USA verfolgen das Ziel, das Entstehen regionaler Hegemonen in Eurasien zu verhindern [...]; die militärischen Operationen der USA im Ersten und Zweiten Weltkrieg sowie zahlreiche militärische Operationen der USA und alltägliche Operationen seit dem Zweiten Weltkrieg [...] haben offenbar zu einem nicht geringen Teil zur Unterstützung dieses Ziels beigetragen.»

Es geht seit einem Jahrhundert vor allem darum, den Reichtum einer Gruppe von Tycoons in der Londoner City und an der Wall Street zu mehren. Ein Blick auf die aktuellen Finanzströme bestätigt das. So scheinen die Finanzeliten in den USA und in Grossbritannien wenig Interesse an einer Beilegung des Ukraine-Konflikts zu haben. Heute möchten uns die gleichen Kreise in einen dritten Weltkrieg führen.

Es wäre äusserst tragisch, wenn Thomas Manns Appell an die europäischen Hörer 1953 ungehört verhallen würde. Er hatte im amerikanischen Exil die Neigung der USA erkannt, «Europa als ökonomische Kolonie, militärische Basis, Glacis im zukünftigen Atom-Kreuzzug gegen Russland zu behandeln, als ein zwar antiquarisch interessantes und bereisenswertes Stück Erde, um dessen vollständigen Ruin man sich aber den Teufel scheren wird, wenn es den Kampf um die Weltherrschaft gilt.»

Der chinesische Staatspräsident Xi verabschiedete sich am 22. März in Moskau mit den Worten: «Jetzt gibt es Veränderungen, die es seit 100 Jahren nicht gegeben hat. Wenn wir zusammen sind, treiben wir diese Veränderungen voran.» – Veränderungen in Richtung multipolarer Welt.

Der Globus darf nicht länger Spielball einer verantwortungslosen Finanzoligarchie sein, die den Boden für eine rücksichtslose Ausbeutung bereitet. Werfen wir das unheilvolle Narrativ «hier das Gute, dort das Böse» in den Müllimer der Geschichte! Ächten wir den Krieg! Und vor allem: Wagen wir mehr Menschlichkeit! Vielen Dank!

¹ siehe für einen Überblick <https://www.nachdenkseiten.de/?p=95840> vom 3.4.2023 (Anm. d. Red.)

² ADM ist die Abkürzung für «Atomic Demolition Munition», also taktische Kernwaffen. Oft wird auch von Atomminen, Kernminen oder nuklearen Landminen gesprochen (Anm. d. Red.).

Zu einem der letzten Texte von Marie Luise Kaschnitz: Seismographien unserer «Kultur-Störung»

«Eine Weltkritik in Blitzlichtern» nannte sie Hermann Kesten

von Peter Küpfer

Beim Aufräumen ist mir kürzlich ein Taschenbuch wieder in die Hand gekommen, das mich schon in jüngeren Jahren beeindruckt hat. Seine eindringlichen kurzen Texte sind Splitter, eine Art Bewusstseinsfetzen über das, was Menschen in den siebziger Jahren des 20. Jahrhunderts (zur Entstehungszeit dieser Texte) bewegte, und wie es das tat. Beim kurzen Wiederlesen einzelner Seiten war ich einmal mehr aufgerüttelt, oft wie bei der ersten Lektüre auch beklommen. Das Beunruhigendste bei dieser Wiederbegegnung war für mich, dass bei diesen «Aufnahmen» des Alltäglichen von Marie Luise Kaschnitz die Beklemmung aus heutiger Sicht auch daher rührt, dass sie heute wie Vorankündigungen oder Vorahnungen eines sich schon damals abzeichnenden Dammbrechts erscheinen. Dieser Dammbrech ist heute, mehr als 50 Jahre nach Veröffentlichung des genannten Büchleins, in vielen Aspekten zur handfesten Realität geworden. Damals hat sie eine verdiente deutsche Schriftstellerin empfunden und in Sprache umgesetzt. Und wo sind solche Schriftsteller/innen heute? Von gewissen deutschen und europäischen Politikerinnen will ich hier gar nicht reden, obwohl unser aller Schicksal mehr von ihnen abhängt als von einer unerschütterlich empfindungsfähigen modernen Schriftstellerin.

«Steht noch dahin, steht alles noch dahin...»

Es handelte sich um das schmale Büchlein «Steht noch dahin» der deutschen Schriftstellerin Marie Luise Kaschnitz (1901–1974), die in der Nachkriegszeit zu Recht sehr bekannt war, Trägerin des damals noch aussagekräftigen *Büchner-Preises*. Es fiel schon damals schwer, diese unter die Haut gehenden kürzeren, stark geschliffenen Texte in eine der gängigen literarischen Gattungen einzuteilen. Die Schweizer Literaturkritikerin *Elsbeth Pulver* nennt das Buch eine «Sammlung kurzer Prosatexte (Reflexionen, Kürzestgeschichten, Parabeln, Träume)». In ihnen erscheint das «Ich» der Autorin als «ein alternender Mensch, der [...] von der Zeit unabhängig zur Aufmerksamkeit gezwungen wird».

Bei der Lektüre dieser Texte erleben wir eine Art sensible Zeitgenossenschaft, die aber nicht einfach berichtet, sondern Versatzstücke des modernen Alltags zum Anlass nimmt, sie zu besehen und in überraschende Bezüge zu stellen. Das geht bei Kaschnitz oft traumhaft-intuitiv, dann wieder hellwach beobachtend – dabei wird der Text zum feinfühlig geführten Seismographen menschlicher und mitmenschlicher Erschütterungen, welche «die Zeitläufte» über uns bringen. Etwas, das in unseren gegenwärtigen Medien und unserer auf Äusserlichkeiten und Tabubrüche «abfahrenden» Literatur (Gibt es überhaupt noch Tabus, die man noch brechen könnte?) selten geworden ist.

Schon der erste Text, er hat der Sammlung den Titel gegeben, ist aufwühlend: «Steht noch dahin». Was «dahin steht», also in seinem Ausgang völlig offen, ist folgendes:¹

«Ob wir davonkommen ohne gefoltert zu werden, ob wir eines natürlichen Todes sterben, ob wir nicht wieder hungern, die Abfalleimer nach Kartoffelschalen durchsuchen, ob wir getrieben werden in Rudeln, wir haben's gesehen [...]»

Schon das «wir» lässt uns den Atem stocken. Was, solche Schicksale gehen die Welt an, aber doch nicht uns! Die Generation von Marie Luise Kaschnitz (geboren 1901) hat das aber gesehen, viele ihrer Freunde haben es hautnah erlebt. Man muss sich nur die Realitäten des Ersten Weltkriegs vergegenwärtigen, die Krisenjahre (die auch Hungerjahre waren), dann die nationalsozialistische Herrschaft mit ihrem Genozid an der jüdischen Bevölkerung, aber auch der organisierten Verfolgung und Tötung von Fahrenden, Behinderten, Zeugen Jehovas und anderer Kriegsgegner, Sozialisten, Christen und Kommunisten, dann die Zerstörung Deutschlands in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs. Diese grausame Niederbombar-

«All meine Gedichte waren eigentlich nur ein Ausdruck des Heimwehs nach einer alten Unschuld oder der Sehnsucht nach einem aus dem Geist und der Liebe neu geordneten Dasein [...] überall habe ich nur versucht, den Blick des Lesers auf das mir Bedeutsame zu lenken, auf die wunderbaren Möglichkeiten und die tödlichen Gefahren des Menschen und auf die bestürzende Fülle der Welt. Den billigen Trost, den manche Leser vom Gedicht erwarten, habe ich nie geben wollen, und wenn meine Verse [...] verständlich waren, so

hängt das damit zusammen, dass mein Weg in der Lyrik mich von der Natur zum Menschen geführt hat und daß ich nie ganz vergessen konnte, daß ich mich Menschen mitteilte, freilich solchen, die die Mühe des Ungewohnten und nur langsam zu Begreifenden nicht scheuen.»

Aus: *Dankrede von Marie Luise Kaschnitz (1901–1974) anlässlich der Verleihung des Georg-Büchner-Preises 1955*

Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung: www.deutscheakademie.de/Auszeichnungen/Georg-Büchner-Preisträger

dierung der grossen Städte Deutschlands verfolgte keine militärischen Ziele mehr, sondern gehorchte allein der gezielten Terrorisierung der deutschen Zivilbevölkerung, eines der vielen ungesühnten Kriegsverbrechen, diesmal der anderen Seite, die sich als Sieger feiern liess.

Aber sehen heisst in den siebziger Jahren natürlich auch buchstäblich sehen, und zwar für alle, nämlich durch den Siegeszug des Fernsehens, mitsehen, dass die genannten Dinge sich wieder und wieder ereigneten, damals allerdings einige hundert bis tausend Kilometer entfernt von Europa. Waren sie deshalb weniger schmerzlich? Dies die immanente, im Text mitfiebernde Frage der Schriftstellerin.

Müssen wir alle die Zellenklopfsprache erlernen?

So geht es in ihrem Text weiter in der Aufzählung dessen, was uns möglicherweise noch oder wieder droht:

«Ob wir nicht noch die Zellenklopfsprache lernen, den Nächsten belauern, vom Nächsten belauert werden, und bei dem Wort Freiheit weinen müssen.»

Hier erwähnt Kaschnitz die weltweit praktizierte Geheimsprache durch Klopfen, an die Wände oder Heizungsradiatoren der Zelle, je nachdem nach eigenem Code der Gefangenen, von denen ja viele Mitglieder illegaler Gruppen oder Geheimorganisationen waren. Wir Heutigen werden dabei gerade auch an die mutigen Mitmenschen denken, die seit Jahren in Gefängnissen schmachten, aus dem einzigen Grund, dass sie die auch in der Jetztzeit bestehenden Lügengeflechte aus weltpolitischen Motiven ans Licht gebracht haben. Jetzt werden sie als Landesverräter behandelt, *Julian Assange*, *Edward Snowden*, *Chelsea Manning* und andere. Und jetzt wird in Berlin sogar ein mutiger Redner an einer Demonstration gegen den Krieg in der Ukraine als Verbrecher behandelt. Sein Hinweis, Russland habe möglicherweise in Not-

wehr gehandelt, wird als Beschönigung von Kriegsverbrechen bezeichnet und verfolgt.

Die aktuelle Ausgrenzung gegen alles Russische hat inzwischen ein Niveau erreicht, das man als prä-rassistisch bezeichnen muss. Wo sind hier juristische, wo sind menschenrechtliche Barrieren, die noch halten? Hier erweist sich Kaschnitz, vor mehr als 50 Jahren, als echte Seherin. Sie hat auch die Auschwitz-Prozesse minutiös verfolgt und war erschüttert über die Ausflüchte der Angeklagten, sie hätten nichts anderes getan, als Befehle ihrer Vorgesetzten ausgeführt, so wie es das Gesetz verlangt habe. Dass auch Gesetze ungesetzlich sein können, nämlich vor der Richtschnur der von Natur gegebenen Menschenrechte, die für alle Menschen, auch Regierungen bindend sind (die *Allgemeine Erklärung der Menschenrechte* der Uno listet sie auf), wird in dieser Rechtfertigungslitanei systematisch ausgeblendet.

Schliesslich erwähnt die Autorin auch die damals vielen bewusste Gefahr der Auslösung eines für die ganze Welt katastrophalen Atomschlags, eine Gefahr, die einzelne Kreise unserer heutigen Kriegstreiber nicht wahrnehmen wollen. Eine solches Ausmass von Verdrängung ist allerdings Wahnsinn.

«Ob wir uns fortstehlen rechtzeitig auf ein weisses Bett oder zugrunde gehen am hundertfachen Atomblick, ob wir es fertigbringen mit einer Hoffnung zu sterben, steht noch dahin, steht alles noch dahin.»

Mit diesem illusionslosen Schluss endet das kurze Prosagedicht. Es lässt alles offen, auch dass die geahnte Katastrophe verhinderbar sein könnte. Könnte, wenn ...

Die verhungerten Biafra-Kinder

In den siebziger Jahren war ein äusserst blutiger Krieg in Afrika¹ in aller Munde. Auch damals war der als Bürgerkrieg bezeichnete Biafra-Krieg in Wirklichkeit schon ein Stellvertreter-Krieg, in dieser Hinsicht vergleichbar mit dem heutigen. Biafra ist eine Region in Nigeria, in der die Ibo-Bevölkerung vorherrscht. Sie hat ihre eigenen Traditionen und war damals mehrheitlich christlich, während der Rest des Landes mehrheitlich islamistisch ist. Das war aber nicht der einzige Grund, warum die Biafra-Provinz (ähnlich wie der Donbass in der Ukraine) an die Zentralregierung Forderungen nach Teilautonomie stellte. Sie wurden missachtet, und die Ibo-Ethnie unternahm einen erfolgreichen Staatsstreich gegen die autoritäre Zentralregierung. Die ehemalige Kolonialmacht (Grossbritannien) unterstützte in der Folge die Zentralregierung. In einem lange andauernden Krieg gelang es der Zentralregierung, die abtrünnige Provinz Biafra schliesslich zu bezwingen, ihre Führer zu entmachten und die Autonomisten wieder gefügig zu machen. Voran ging eine fast vollständige Isolierung, eine weiträumige Bombardierung durch englische Kampfflugzeuge, ein Embargo und wirtschaftliche Sanktionen, welche die Provinz Biafra in eine Hungersnot trieben, mit entsprechenden Opfern, vor allem Kindern. Es war damals einzig die *Caritas international*, welche die Notlage ein wenig mildern konnte.

Dieser Hintergrund erscheint in einem eindrücklichen Kurztext in der Mitte des Buches. Sein Titel bereits ist mehrschichtig,

«Enfant inconnu» (Text 28). Er spielt auf in Frankreich häufig anzutreffende Kriegsdenkmäler an, die den im Krieg gefallenen unbekannt Soldaten gewidmet sind, den «soldats inconnus». Der Text schildert in nüchternen Worten, die Königin von England habe in der Zeit der Hungersperre von Biafra ein schockierendes Weihnachtspaket aus Biafra erhalten:

«In dem Kistchen aus Biafra war nichts dergleichen [von gutgemeinten Geschenken der dankbaren englischen Bevölkerung an ihre geliebte Königin, PK], vielmehr die Leiche eines kleinen von einer Fliegerbombe getöteten Kindes, von der sich die Mutter getrennt hatte, um sie der Königin von England unter den Baum zu legen, fröhliche Weihnachten und du bist schuld.»

In der für Kaschnitz typischen Form imitiert sie in der Folge den inneren Zustand eines damaligen «normalen» Zeitgenossen, der sich vor allem für die skandalöse Dimension des Vorgangs interessiert, aber leider nicht für seine wahren politischen Dimensionen:

«Ich frage mich, was mit dieser Kinderleiche geschehen wird, ob man sie verscharren oder in der Westminsterabtei beisetzen wird, was ich hübsch fände [...], die Peers mit ihren Krönchen, der Erzbischof von Canterbury im Ornat. Die königlichen Kinder, die auf den Babysarg ihr Sträusschen legen, später ein Grabstein, eine Ewige Lampe, etwa in der Nähe der Dichterecke, das Kind von Biafra, l'enfant inconnu.»

Hier spielt die Dichterin meisterhaft mit den beiden Möglichkeiten, wie Grossmächte mit unliebsamen Wahrheiten umgehen. Entweder man wischt sie unter den Teppich oder man lenkt sie auf die scheinheilige Schiene und tut so, wie wenn «es» einem leid täte, dabei bedient man alle Klischees und Sentimentalitäten, mit denen heute echtes Mitempfunden ertränkt wird.

«Das bist auch du!»

Die 79 weiteren Kurztexte variieren, jeder in seiner ganz eigenen Form, diese Thematik. Vorfälle, die wir aus den Medien oder aus unserem Alltag «kennen», werden durchleuchtet, aber nicht im Gesamtbild, sondern in einem allerdings sprechenden Teilbild. Und dann vor einen Hintergrund gestellt, der auch wieder nur angedeutet ist. Aber diese Andeutungen rekurren immer auf das Zentrale, das *ecce homo* (siehe, dies ist der Mensch): Lieber Leser, liebe Leserin, das ist der Mensch, der sich so oder so verhält. Das bist auch du. Und wie findest du denn das? Diese Frage stellt jeder Text, gradlinig und unumgebar. Gerade darin liegt seine Radikalität, die nicht aufs Tagespolitische oder rein Emotionale zielt, sondern auf die menschliche Betroffenheit. *Tua res agitur* – das bist auch du, es geht auch um dich. Das braucht beim Lesen schon Nerven, aber es ist nicht der moderne oberflächliche Nervenkitzel, sondern es ist der Nerv unseres Seins angesprochen. Unseres Menschseins, nüchtern, aber ernst.

Der letzte Text ist übrigens dem Amselgezwitscher gewidmet. Es steht für die Vitalität der guten Kräfte, diejenigen der Natur, zu der auch die Gattung Mensch immer noch gehört, auch wenn wir uns dessen zu wenig bewusst sind. Die uns eingeborenen Kräfte zum echten Betroffensein werden stärker, wenn wir uns freuen. Dass wir das immer noch können, wie die leider seltener gewordenen Amseln bezeugen, die trotz allem zwitschern, solange noch Blut in ihnen ist, steht nicht ganz, aber vorwiegend in unserer Hand. Hoffentlich finden wir den Weg. •

¹ zitiert nach der Ausgabe *Suhrkamp Taschenbuch st 57*, 1979, ISBN 3-518-06557-2-300, S. 7

Quellen:

Kaschnitz, Marie Luise. *Steht noch dahin*. Suhrkamp Taschenbuch st 57, 1979, ISBN 3-518-06557-2-300; Ausgabe 1990 im Buchhandel erhältlich

Pulver, Elsbeth. «Marie Luise Kaschnitz», in: *Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur*, Hrsg. Arnold, Heinz Ludwig, Bd. 5



ISBN 978-3-518-36557-1

Einheimische Stauden und Blumen pflanzen und fördern

von Claudia Meier

Welche NaturliebhaberIn, welcher Gartenfreund träumt nicht auch von einer Bepflanzung, deren Farben- und Formenpracht über Monate das Auge erfreuen, die wunderbar duftet und in der es kriecht und krabbelt, summt und flattert. Naturnah bepflanzte Gefässe und Flächen mit einheimischen Stauden und Blumen dienen als Erholungs- und Begegnungsraum und als einzigartiges In-nähe-Naturerlebnis für Klein bis Gross.

Was versteht man unter einheimischen Wildstauden?

Einheimische Wildstauden sind mehrjährige Pflanzen, die sich nach der letzten Eiszeit, also vor mehr als 10000 Jahren, bei uns angesiedelt haben. Einheimische Wildstauden sind bestens an unsere Natur und Umweltbedingungen angepasst. Auch deswegen sind sie ausgesprochen pflegeleicht, robust und genügsam. Mit ebenfalls einheimischen Tier- und Pflanzenarten bilden sie wertvolle Lebensgemeinschaften, in welchen sie optimal voneinander profitieren.

Nicht zu verwechseln mit den Sträuchern, gedeihen Stauden nur in der Vegetationszeit zwischen Frühling und Herbst. Mit Einbruch des Winters sterben alle oberirdischen Pflanzenteile ab. Die wärmeren Temperaturen des Vorfrühlings lassen die krautartigen Triebe der Stauden wieder aus ihrem Wurzelstock, ihrer Knolle oder Zwiebel oder aus einem anderen Speicherorgan austreiben. Dieser Zyklus wiederholt sich Jahr für Jahr. Das einfachste Beispiel dafür ist das Schneeglöckchen. Viele Wildstauden dienen zusätzlich als Tee oder als Gewürz oder erfreuen als schöner Blumenstrauss.



Die prächtige Wegwarte ist eine Heilpflanze. Sie mag es warm und trocken. Weil sie salzwasserresistent ist, kann sie auch entlang von Autostrassen gepflanzt werden. (Bild cm)

Qual ... oder doch eher Freude der Wahl

Die Blühsaison einheimischer Stauden und Blumen dauert vom frühen Frühling bis in den tiefen Herbst hinein. Auch im Winter entwickeln die dünnen Stängel und Samenstände eine ganz besondere, natürliche Schönheit und ermöglichen Insektenpuppen erst noch ein erfolgreiches Überleben.

Ob Glockenblume, Königskerze, Malve oder Johanniskraut – schön sind sie alle. Ob draussen auf dem Fenstersims oder Balkon, beim Gartensitzplatz oder auf der Terrasse, rund ums Haus oder im Garten – Wildstauden bezaubern überall. Ob im Kistchen oder Topf, im Kübel, Trog oder Garten spielt keine Rolle. Doch welche Wildstaude eignet sich für welchen Ort und Zweck?

Zu Beginn schaut man sich den Standort der Pflanzung an: Ist es dort sonnig, halbschattig oder eher schattig? Bei einer Bepflanzung im Garten kommt dazu, ob der Boden nährstoffreich oder mager, feucht oder trocken ist. Sind die Bedingungen des Standorts geklärt, kann mit der Auswahl der standortgerechten und zweckdienlichen Pflanzen begonnen werden. Auch Farbe und Form, Blühbeginn und Blühdauer der Stauden spielen bei der Wahl eine wichtige Rolle.

Vorbereitung des Bodens und Setzen der Stauden

Wichtig ist, den Boden sorgfältig vorzubereiten. Obwohl Wildstauden sehr robust sind, werden sie kaum gedeihen, wenn der Platz schon stark mit anderen Pflanzen bewachsen ist. Zur Vorbereitung entfernt man den vorherigen Bewuchs, holt möglichst viele Wurzelreste aus dem Erdreich und lockert den Boden auf. Anschliessend bearbeitet man die



Die Karde ist eine besondere Zier im Garten. Ihre Samen werden im Herbst gerne von Drostelfinken, auch Stieglitze genannt, gefressen. (Bild cm)

Oberfläche mit einem Rechen, so dass eine feinkrümelige Pflanzfläche entsteht. Nun können die gut gewässerten Wildstauden in ausreichendem Abstand auf der Fläche verteilt werden: Hochwachsende Pflanzen kommen zuhinterst oder in der Mitte der Gruppe am besten zur Geltung, niedrige am Rand und im Vordergrund. Nun wird gepflanzt und gut angegossen.

Pflege

In der ersten Zeit nach der Pflanzung empfiehlt es sich, gegebenenfalls konkurrenzstarke Beikräuter auszuzupfen, damit die Staudenpflanzen gut anwachsen können. Bei grosser Trockenheit sollte im ersten Jahr gewässert werden. Grössere Pflanzen werden mit Vorteil an einer Stütze aufgebunden. Danach ist die Wildstaudenfläche sehr pflegeleicht. Nach dem Verdorren im Herbst sollten Staudenstängel nur sehr zurückhaltend oder noch besser, gar nicht zurückgeschnitten werden. Gerade der nützliche Marienkäfer und andere Insekten nisten zuerst mit Vorliebe in Stängeln und im Dickicht eines Staudenbeetes und überwintern später gleichenorts. Verdorrte Blüten

voller Samen oder Früchte liefern zudem Futter für hungrige Vögel und dazu die neue Saat fürs nächste Jahr. Fürs Zurückschneiden der dünnen Pflanzenrückstände ist nach Winterende, also kurz vor Vegetationsbeginn noch genügend Zeit. Wenn die abgeschnittenen Pflanzenteile auf der Erdoberfläche ausgelegt werden, können ihre Bewohner zur rechten Zeit den Weg hinaus in die freie Natur finden.

Artenvielfalt und Biodiversität

Mit den pflegeleichten Wildstauden hält eine vielfältige Tierwelt im Garten Einzug. Viele Insekten wie Bienen, Hummeln und Falter sind auf diese Pflanzen angewiesen. Von einer einzigen einheimischen Wildstaude profitieren durchschnittlich mehr als zehn Insektenarten, was die Artenvielfalt fördert. Durch Wildstauden erhalten Tiere Unterschlupf, Nistmaterial, Nahrung und Wasser. Wegen der Vielfalt von Insekten, die von und in Wildstauden leben, finden auch grössere Tiere den Weg in das blühende Wildstaudenreich. Während die Staudenblüten für die Insekten reichlich Nektar und Pollen bieten, ernähren sich Vögel, Fledermäuse, Igel und weitere Tiere von diesen Insekten. Die Frucht- und Samenstände der Stauden halten später im Jahr für etliche Vögel und Wildtiere Früchte und Samen bereit.

Wildbienen und andere Insekten als wichtige Bestäuber

Ohne die Blütenbestäubung durch Insekten wäre der Obst- und Gemüseanbau nicht an-



Der mehrjährige Natternkopf ist eine Augen- und wie auch eine Bienenweide. Auf trockenem und durchlässigem Boden fühlt er sich am wohlsten. (Bild cm)

nähernd so ertragreich. Die Bedeutung der Wildbestäuber, vor allem der Wildbienen und Schwebfliegen, wurde dabei lange unterschätzt. Heute weiss man, dass sie in landwirtschaftlichen Kulturen rund zwei Drittel der gesamten Bestäubungsleistung abdecken und selbst dort den Fruchtansatz erhöhen, wo viele Honigbienen aktiv sind. Schwebfliegen leisten dabei gleich doppelte Dienste: Sie gelten als Bestäubungsprofis, und ihre Larven sind wahre Blattlaus-Vertilger. Auch Wildbienen sind Meister im Bestäuben von Blüten. Zudem haben sie dank ihrer grossen Artenvielfalt und speziellen Anpassungen eine Reihe von Vorteilen gegenüber der Honigbiene. So fliegen gewisse Wildbienen auch bei kühlem und regnerischem Wetter. Andere bestäuben Blüten, die von der Honigbiene nicht besucht werden. Mauerbienen sind um ein Vielfaches effizienter im Bestäuben von Obstblüten als die Honigbiene.

Wildbestäuber wie Wildbienen und Schwebfliegen benötigen als Lebensgrundlage ein reichhaltiges und kontinuierliches Angebot an Blütenpollen und Nektar, zudem ein grosses und vielfältiges Angebot an Kleinststrukturen für ihre Nistplätze und vorzugsweise geringe Distanzen zwischen Nest und Futterpflanzen.

Und zu guter Letzt

Es gibt nichts Gutes ausser man und frau tut es: Das einfach zu realisierende Gartenprojekt macht das ganze Jahr hindurch ein Naturerlebnis mit grossem Mehrwert möglich. •

Pestalozzis Leitspruch: Kopf, Herz und Hand

von Marianne Bürkli

Johann Heinrich Pestalozzi (1746–1827) war ein Schweizer Pädagoge und Philanthrop, Schul- und Sozialreformer, Philosoph und Politiker. Sein pädagogisches Ziel war die ganzheitliche Volksbildung zur Stärkung der Menschen für das selbständige und kooperative Wirken in einem direktdemokratischen Gemeinwesen. Diese Volksschule würde die Kraft des Volkes stärken, den Menschen bilden und befähigen, sich und den Seinen in allen Bedürfnissen selber und selbständig helfen zu können. Dabei kam es ihm darauf an, die intellektuellen, sittlichen und handwerklichen Kräfte der Kinder allseitig und harmonisch zu bilden. Der Gehalt seiner zahlreichen politischen und pädagogischen Schriften ist nach wie vor aktuell.

Kopf: Pestalozzi wollte die Menschen ganzheitlich bilden. **Herz:** Nur wenn der Lehrer mit dem Herzen empfindet, erfasst er, was für ein Schüler vor ihm steht und wie es ihm geht. Die Kinder werden gemeinsam im Klassenverband unterrichtet, der Lehrer führt das Gespräch in der Klasse. Das Kind erfährt den sozialen Bezug zum anderen. **Hand:** Kein

Lebewesen hat eine Hand, die so unglaublich vielfältig einsetzbar ist.

Ich bin eine pensionierte Handarbeitslehrerin und erstaunt und entsetzt, dass in der Schweiz (direkte Demokratie) die Behörden hinter dem Rücken der Bevölkerung Handarbeit und Werken als eigenständige Fächer abgeschafft haben. Für die Schüler war die Handarbeit ein sehr beliebtes Fach und eine willkommene Abwechslung zu den kognitiven Fächern. Sie konnten selber etwas anfertigen und den Gegenstand nach getaner Arbeit mit nach Hause nehmen. Dabei lernten sie alte und neue Kulturtechniken wie Nähen, Stricken, Sticken, Häkeln, Drucken – sie lernten aber auch mit Maschinen umgehen – im Werken lernten sie Sägen, Schmirgeln, Bohren – in der Kartonage Messen, Schneiden, Kleben. Was sie auch im grossen Umfang lernten, war Fingerfertigkeit, Geschicklichkeit, Sorgfalt, Genauigkeit, Ausdauer und Geduld. Immer arbeiteten sie gemeinsam mit den Klassenkollegen/innen zusammen, die sie sehr oft auch anspornten, da die anderen mehrheitlich das

gleiche taten und sie nicht zurückbleiben wollten. Stets konnten sie als Lohn ihrer Arbeit – und sie freuten sich darüber auch immer – ihr selbst angefertigtes Werk mit nach Hause nehmen.

Es erstaunte mich immer wieder, wie rasch Kinder Fortschritte machten. Da ist ein Junge in der zweiten Klasse, ziemlich sicher hatte er noch nie eine Schere in der Hand. Sehr ungeschickt schneidet er die Formen aus Papier, aber aufgeklebt sieht das ganze Kalenderblatt mit seinen bunten Farben dann sehr hübsch aus. Beim Sticken in der dritten Klasse geht dieser gleiche Junge aber mit Nadel und Faden dermassen geschickt, sorgfältig und genau um, dass ich nur so staune.

Der frühere Lehrplan in der Handarbeit besass einen sehr guten Aufbau und war genau auf die Entwicklungsschritte der Kinder ausgerichtet. Immer wurden die Arbeiten vom Einfachen zum Schwierigen geplant, bis die Kinder in der sechsten Klasse Kleidungsstücke, Ledersportsäcke, Applikationen auf Frotteetücher usw. nähen konnten. Durch das handwerkliche Tun wurde bei den Kin-

dern auch sehr das Denken geschult, so sagen es auch die Worte «begreifen, geistig erfassen, Zusammenhänge erkennen, den Sinn der Sache begreifen». Oder «auffassen, schwierige Zusammenhänge schnell auffassen, mit dem Verstand aufnehmen, geistig erfassen». Durch Greifen – mit den Händen anfassen – begreife ich auch den Vorgang real. So ist auch der Kopf wichtig beim handwerklichen Tun. Immer lernt das Kind die verschiedenen Techniken, Materialien kennen und schult auch seine Vorstellung.

Milton Friedman, US-amerikanischer Ökonom, schrieb in seinem Buch «Kapitalismus und Freiheit» 1962: «Es macht wenig Sinn, Schulstunden wie Handarbeit, Korbflechten usw. zu finanzieren, da sie so wenig hergeben [Für wen?]. Wenn Eltern ihr eigenes Geld für solche Mätzchen ausgeben wollen, dann ist das ihr Problem.» Haben unsere Behörden brav nach dieser neoliberalen Bibel gehandelt, ohne die verheerenden Auswirkungen der neoliberalen Wirtschaft zu kennen, unter deren Unsegen ganze Länder verarmt sind? •